

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 94 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Dienstag, den 24. April 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Frankreich und Osteuropa	Seite 2
Französisch - englisches Defensivbündnis	Seite 2
Kongreß der Saarbergleute	Seite 3
„Zeichnet Kriegsanleihe!“	Seite 4
In den Dollfuß-Keckern	Seite 7

Polizeirevolte im Saargebiet

Ultimative Forderungen an die Regierungskommission des Völkerbundes Die Berechtigung der Alarmrufe des Präsidenten Knox erwiesen - Will das Reich einen nationalsozialistischen Aufstand an der Saar?

Am Donnerstag, 19. April, sind Teile der saarländischen staatlichen Polizei im Kolping-Haus zu Saarbrücken zusammengekommen, wo sie eine Entschlüsselung saßen, in der in ultimativer Form von der Regierungskommission die sofortige Entlassung derjenigen Polizeibeamten gefordert wird, die bis vor kurzem in reichsdeutschen Diensten gestanden haben.

Durch diese Handlung kündigten 60 Beamte der Polizeidirektion Saarbrücken, von denen 15 der Schutzpolizei und 45 der politischen und Kriminalpolizei angehören, der Regierungskommission den Gehorsam. Unter den 15 Schutzpolizisten befinden sich die drei Kommissare Schumann, Schulz und Polzschuh; die politische Polizei ist geschlossen unter der Führung des Kriminalkommissars Becker an der Aktion beteiligt, der die „schmachvollen vierzehn Jahre“ als Sozialdemokrat verlebte hat.

Wir wissen zur Stunde noch nicht, welche Folgen die Aufhebung der 60 Polizeibeamten haben wird. Aber es erscheint gewiß, daß dieses Ereignis von weittragender Bedeutung ist. Wahrscheinlich ist es noch nie dagewesen, daß in einem geordneten Staatswesen Polizeibeamte es gewagt haben, faktisch ultimative Forderungen an die Regierung zu stellen. Nur aus der Revolutionsgeschichte kennt man solche Beispiele.

Die Meuterei der Polizeibeamten ist offensichtlich als Beginn einer Revolution gedacht, welche die Reichsregierung im Saargebiet zu organisieren entschlossen ist.

Der Welt soll gerade in diesem Augenblick gezeigt werden, daß die Regierung des Völkerbundes nicht imstande ist, im Saargebiet gegen den Willen der Nazis Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Die 60 Revolutionäre laufen übrigens keinerlei Gefahr. Aus eigenem Entschluß hätten sie sich niemals angeschlossen. Erst die Reichsregierung hat sie aktiviert und sie von der Gefährlichkeit ihrer Haltung überzeugt.

Angeblieh richte sich die Empörung gegen die von der Regierungskommission im Laufe des letzten Jahres neu eingestellten Polizeibeamten, die bis zum Anbruch des „dritten Reiches“ in Deutschland gedient haben. Sie sind entlassen worden, weil sie sich eindeutig gegen die Nationalsozialisten gestellt haben.

Die Regierungskommission, die das Saargebiet ebenfalls nach Grundätzen verwaltet, die den nationalsozialistischen entgegensteht, sind, sah in diesen Beamten aus berechtigten Gründen brauchbare Kräfte für die Aufrechterhaltung der Ordnung, die in erster Linie von Nationalsozialisten bedroht wird. Selbstverständlich betrachten diese die „Emigranten“ als das hauptsächlichste Hindernis, die Polizei völlig in ihre Hand zu bekommen und auf diese Weise die Regierung wehr- und machtlos zu machen.

Der Haß des „dritten Reiches“ gegen diese Leute entzündet sich seit Monaten in einem wüsten Verleumdungsfeldzug durch Rundfunk und Presse.

Der Zeitpunkt für den Angriff auf die Regierungskommission ist mit Ueberlegung gewählt. Es gilt einer Reihe von schweren Gefechten zu begegnen, die der nationalsozialistischen Sache an der Saar drohen.

Die angekündigte Aktion der „deutschen Front“ hat zweifellos nicht die erhofften Ergebnisse und Wirkungen gezeigt. Bis zur Stunde sind triumphale Siegesmeldungen ausgeblieben, mit denen sonst die Dittlerpropaganda nicht fränsam ist. Wenn man sich an die Arbeitsschlachten erinnert, die unaufhörlich „Siege“ geschlagen wurden und wochenlang die Presse beschäftigten, so kann man nur staunen über die bescheidene Zurückhaltung der nationalsozialistischen Presse, was die Tätigkeit der „deutschen Front“ angeht. Wie schlecht es um diese steht, zeigen die unverbindlichen Presse-meldungen, daß „dem Vernehmen nach“ sehr bald die Aufnahmefähigkeit geschlossen würden. Dieser Zirkeltrieb der „unwiderruflich letzten Gelegenheit“ wäre sicherlich überflüssig, wenn die Bevölkerung wirklich hinter der „deutschen Front“ stände.

Dagegen ist zu bemerken, daß die oppositionellen Kräfte gegen das „dritte Reich“ sich härter zu regen beginnen. Die größte Sorge bereitet den Nationalsozialisten die Pal-tung der Katholiken, die der Kulturkampf in Deutschland zum offenen Widerstand treibt. Ihre schärfste Waffe wird die demnächst erscheinende große katholische Tageszeitung sein, die der alte saarländische Katholikenführer und

frühere Chefredakteur des ehemaligen Zentralorgans des Saargebietes, der jetzt gleichgeschalteten „Saarbrücker Landes-Zeitung“, Hoffmann, herausgegeben wird. Eine weitere schwere Gefahr für die Reichspolitik ist die verstärkte Tätigkeit der Freiheitsfront, die neue Propagandamethoden bereits mit Erfolg anzuwenden beginnt.

Die Kommunisten haben sich nach längerem Schwanken zu einem bedingungslosen Kampf gegen Hitler-Deutschland entschlossen und treten für den Status quo ein.

In eine Stimmung der Verzweiflung bringt die Nationalsozialisten aber die katastrophale Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, die den Glauben der saarländischen Bevölkerung an die nationalsozialistische Führung erschüttert. Die Währungsschwierigkeiten, die gerade jetzt neue Devisenverordnungen notwendig machten, und die beginnende Zwangswirtschaft erschrecken selbst alte nationalsozialistische Parteigänger an der Saar.

Schließlich wird auch der außenpolitische Horizont des „dritten Reiches“ düsterer. Die Aufrührung trägt notwendigerweise seine Beziehungen zur angelsächsischen Welt, wie bereits vor einiger Zeit die Aktionen gegen Oesterreich die italienische Freundschaft sehr abgekühlt haben. Der außenpolitische Glanz der ersten Zeit ist gebrochen. In Genf, wo das Schicksal des Saargebietes beschlossen wird, ist Deutschland in einer besonders schwierigen Stellung. Man rechnet mit dem Eintritt Rußlands in den Völkerbund, der dann einen bedeutenden Zuwachs an Macht und Ansehen gewinnen würde. Deutschland habe sich dann als einzige europäische Großmacht von dem Genfer Forum ausgeschlossen. Bei der nächsten Völkerbundrats-sitzung, die am 14. Mai stattfindet, wird der Einfluß der neuen Konstellation sicherlich bereits spürbar werden, wenn über die Modalitäten der Saarabstimmung Beschlüsse gefaßt werden.

Unter diesen Umständen kann die Reichsregierung die Saarfrage nur durch eine direkte Aktion wirksam beeinflussen. Sie richtet daher ihre ganzen Anstrengungen auf das Ziel, das gegenwärtige Regierungssystem im Saargebiet zu erschüttern.

Es ist ihr bereits in einem beträchtlichen Maße gelungen, die Beamenschaft, aber auch große Teile der Bevölkerung durch die Drohungen und Versprechungen unter ihren Einfluß zu bringen. Dieser Erfolg war möglich, weil weder die Regierungskommission, noch der Völkerbundrat die nationalsozialistische Taktik schnell genug durchschauten und ihr entsprechende Abwehrmittel entgegensetzten. Das Beispiel Oesterreichs zeigt, daß außerordentlich viel Energie dazu gehört, mit Parteigängern, hinter denen ein mächtiger Staat steht, fertig zu werden.

Präsident Knox hat die Gefahr übrigens klar erkannt und wiederholt den Völkerbundrat darauf aufmerksam gemacht, daß seine Exekutivorgane unzulänglich sind, um jeder möglichen Gefahr begegnen zu können. In Genf und auch an wichtigen Stellen des Saargebietes selber, scheint man die Alarmrufe nicht ernst genug zu nehmen. Aus Mangel an Entschlußkraft gibt man das Schicksal der Saarbevölkerung in die Hand des „dritten Reiches“, von dessen gutem oder bösem Willen der Friede im Völkerbundsgebiet abhängt.

Man hat nicht auf den Präsidenten Knox hören wollen. Nun ist das Signal zur offenen Auflehnung gegeben.

Der Nationalsozialismus will es auf einen Kampf ankommen lassen, wenn die Regierungskommission ihn nicht als die allein maßgebliche Macht im Saargebiet anerkennt.

Da nach den bisherigen Erfahrungen und den eindeutigen internationalen Verpflichtungen mit der Kapitulation der Völkerbundsregierung nicht zu rechnen ist, ergibt sich die Frage, welches die weiteren Pläne sind.

Die Frage der neu eingestellten Polizeibeamten aus dem Reich soll den Hebelpunkt bilden für die restlose Gleichschaltung der saarländischen Verwaltung.

Unterwirft sich die Regierung, so ist dieses Ziel mühelos er-

Gestern und heute

Wohin treibt Deutschland?

Denn das Land ist im Treiben, daran ist kein Zweifel. Die letzten Wochen haben es auch den Zuversichtlichsten offenbart. Zwischen den beiden Klippen der materiellen Not und des Gewissenskampfes zieht der Strom, und man hat nicht das Gefühl, daß am Ruder eine feste Hand sei.

Gewaltige Arbeiten sind in Deutschland begonnen worden, und die Regierenden rühmen sich, daß sie Millionen von Feiern mit Straßenbau und Erntehilfe wieder in die Arbeit bringen würden. Gleichzeitig sperrt das Land die Rohstoffzufuhr, und es sieht so aus, als ob ganze Industrien demnächst erliegen würden. Die Mark wird hochgehalten mit derselben Verzweiflung, mit der der Kommandant eines untergehenden Kriegsschiffes die Fahne an den Mast nageln läßt. Zugleich wird eine Pumpwirtschaft betrieben, die auf irgendeine Art mit Geldfälschungen enden muß; Anleihen werden bei dem hartherzigsten aller Gläubiger, nämlich der Zukunft gemacht, und auf den Tisch kommt vorgegessen Brot.

Ist in diesem irrsinnigen Experimentieren noch ein Plan erkennbar? Es könnte ja sein, daß dies alles zwar von Sekunde zu Sekunde schwankt und zittert wie die Magnetnadel, die doch zuletzt immer nach Norden weist.

Es sieht aber nicht so aus. Nachdem die deutsche Politik ein volles Jahr lang nichts anderes tat, als Deutschland militärisch und wirtschaftlich aufzurüsten wie eine Festung, halten seine Führer jetzt Reden über die Notwendigkeit der Weltwirtschaft und Verdammenswürdigkeit eine Handelspolitik, die das Land vom Weltmarkt absperren würde. Im gleichen Augenblick aber sperrt es sich tatsächlich ab, kauft nichts mehr vom Ausland und verliert damit wahrscheinlich die letzten Kunden, die ihm selbst noch etwas abkaufen.

Wohin treibt das? Wahrscheinlich in eine Art Kriegskommunismus, in der theoretisch alle gleichmäßig arm sind und einige wenige sich wahninnig bereichern werden. Auf dem deutschen Lande haben wir diese Kriegswirtschaft bereits; der Bauer muß „abliefern“ wie 1917. Die Stimmung des Bauern ist daher so, daß keine deutsche Zeitung mehr etwas darüber zu drucken wagt.

Wenn man nun fragt, was sich bei alledem die Verantwortlichen denken, so muß man schon vorher fragen: Wer ist in Deutschland heute eigentlich verantwortlich? Wer will es noch sein?

Auf ihre Disziplin sind sie drüber bekanntlich stolz. Disziplin bedeutet, daß jeder tut, was ihm befohlen wird. Die letzte Quelle aller Befehle ist schließlich nur einer, der Oberste, der Führer. Nur er ist verantwortlich; die andern brauchen nur zu gehorchen und können immer sagen, daß sie nicht schuld seien.

Der Jugendführer Baldur von Schirach hat dieser Tage erklärt, die Idee der heutigen Jugend sei die Idee der ewigen Jugend. Das war ein ahnungsvolles Wort. Jugend ist etwas sehr Gutes zu ihrer Zeit, aber ewige Jugend ist nur bei Göttern nicht lächerlich. In Deutschland kann man graubärtige Männer im Braunhemd und mit der Aktenmappe unterm Arm herumlaufen sehen, und man hat das Gefühl, daß dies Baldur von Schirachs ewige Jugend sei. Diese Jugend will mit Gewalt nicht älter und nicht reifer werden. Sie will auch mit grauem Bart keine Verantwortung tragen — das ist das Geheimnis ihrer Ewigkeit.

Deutschland treibt in einen Zustand, in dem jeder das Elend mittragen muß und keiner die Schuld mittragen will.

Argus.

reicht, tut sie es nicht, was gewiß erscheint, so werden neue Aktionen folgen. Wenn die pflichtvergessene Polizeibeamten gemahregelt werden, will man sie zu nationalen Märtyrern machen und eine solidarische Haltung aller Beamten herbeiführen, was auf einen Generalstreik hinausläufe. Und erscheint es nicht schwer, diesem gefährlichen Plan durch eine energische Aktion, welche die Zustimmung der gesamten besonnenen Bevölkerung hätte, zu begegnen. An der Behandlung der 60 Rebellen wird es sich zeigen, ob die Regierung ihre Autorität aufrechterhalten kann oder nicht.

Fortsetzung siehe 2. Seite

Polizeirevolte im Saargebiet

Vorsetzung von der 1. Seite.

Die Aktion trüge nicht nationalsozialistischen Charakter, wenn sie nicht auf propagandistische Wirkung berechnet wäre. Die ganze Welt soll erfahren, daß die Sehnsucht nach dem „dritten Reich“ nicht mehr zu bändigen ist. Eine ausgeklügelte Taktik bezweckt die Täuschung, daß die Saarländer den Abstimmungsstempel nicht erwarten können und schon vorher Bürger des „dritten Reiches“ werden möchten. Vermutlich ist das die neue Methode, der demokratischen Entscheidung aus dem Wege zu gehen, nachdem die diplomatischen Versuche in dieser Richtung gescheitert sind.

Der Arierparagraf

Die Wirkung

dnb. Berlin, den 21. April 1934.

Zu der vom Reichswehrminister angeordneten Durchführung des Arierparagrafen in der Wehrmacht sind inzwischen die notwendigen Feststellungen getroffen worden. Ingesamt werden davon betroffen:

- Im Reichswehr:
 - 5 Offiziere, 2 Offiziersanwärter, 1 Sanitätsoffiziersanwärter, 31 Unteroffiziere und Mannschaften.
- In der Reichsmarine:
 - 2 Offiziere, 4 Offiziersanwärter, 5 Unteroffiziere und Mannschaften.

Sie werden bestimmungsgemäß aus der Wehrmacht aus-

gleichzeitig aber wächst die Verfilmung in der Reichswehr wegen Datenkreuzbünde und Arierparagraf.

Frankreich in Gené

L.M. London, 23. April. Der Pariser Korrespondent der „Times“ berichtet, höchstwahrscheinlich werde Frankreich in Gené anfragen, daß die Mächte gemeinsame Vorstellungen bei Deutschland erheben sollten, falls genügend Unterstützung für diesen Gedanken zu gewinnen sei. Ob die französische Regierung auf Abfallung eines Abkommens dringen werde, der Deutschland später vorgelegt werden könnte, sei noch nicht klar. Mit Sicherheit könne aber angenommen werden, daß die französische Regierung entschlossen sei, ein Rüstungswettrennen um jeden Preis zu vermeiden, falls dieser Preis nicht in einem Verzicht auf unmittelbare Sicherheit, d. h. auf die Fähigkeit Frankreichs, einen Angriff abzuwehren bestehe.

Französisch - englisches Defensivbündnis

London, 23. April. Der italienische Staatssekretär Suvich ist hier eingetroffen und hat heute die Besprechungen über die Abrüstungsfrage mit der britischen Regierung aufgenommen. Die öffentliche Meinung schwankt zwischen den wachsenden Sorgen um die britische Sicherheit in der Luft und der noch immer lebenden Hoffnung, daß eine weitere Aufrüstung vermieden werden könne. In den Konferenzen mit Suvich wird die Frage erörtert werden, in welchem Verhältnis die Rüstungen Frankreichs und Englands während der Dauer des Rüstungsabkommens zueinander stehen sollen und welche Sicherheiten Frankreich gegeben werden könnten. Der Gedanke eines Defensivbündnisses mit Frankreich, zu dem sich auch das große Sonntagsblatt „Observer“ in seiner heutigen Ausgabe bekennt, wird lebhaft erörtert. Man verweist darauf, daß die aggressive Politik Japans im Fernen Osten einen engeren Zusammenhalt Europas notwendig machen werde. Im großen und ganzen sind aber die Hoffnungen auf einen befriedigenden Verlauf der Besprechungen mit Suvich sehr gering.

Japan droht

Seine Stellung gegen die ganze übrige Welt

Washington, 23. April. Der japanische Botschafter Saito hat einem Vertreter des „Washington Star“ zum Fernostproblem u. a. erklärt, daß Japan ein Einspruchsrecht geltend mache, falls China Verhandlungen mit dritten Staaten führe. Japan werde jedes Abkommen, das eine dritte Macht mit China gegen Japans Einspruch tätige, als unzulässige Handlung betrachten, was nach diplomatischem Sprachgebrauch den Abbruch der Beziehungen bedeute.

Neue Unruhen in Spanien

Straßenkämpfe und Generalstreik in Madrid

Madrid, den 22. April 1934.

Die Gewerkschaftsverbände der Sozialisten haben in der Nacht vom Samstag auf Sonntag in Madrid einen zehntägigen Generalstreik proklamiert. Weder die Regierung, noch die Polizei war darauf vorbereitet, so daß dieser Schlag völlig unvermutet und überraschend kam. Innerhalb einer halben Stunde war der gesamte Straßenverkehr, Straßenbahn- und Autobusverkehr eingestellt.

Der Streik ist von den Sozialisten als Protestaktion gegen die Regierung und gegen die am heutigen Sonntag im Escorial stattfindende Versammlung der Reaktion gedacht. Cafés und Restaurants und sämtliche Theater und Kinos mußten ebenfalls schließen.

Trotz dieser Lage in der Hauptstadt erklärt der Innenminister, Herr der Lage zu sein.

Paris, 23. April. In Madrid kam es am Sonntag zu erneuten Zwischenfällen im Anschluß an den Aufmarsch der katholischen Jugend, die gegen die revolutionären Umtriebe demonstrieren wollte. Sofort wurden Gegenumdrängungen von extremistischer Seite ins Werk gesetzt. An der Puerta del Sol gab die Polizei einige Warnungsschüsse ab, um die Kundgebungen zu vertreiben. Doch diese eröffneten das Feuer auf die Mäuler der Ordnung. Die Folge war eine allgemeine Schießerei, bei der viele Personen verletzt wurden und eine den Tod fand. Unter den Verletzten befindet sich ein junger englischer Student. Gegen verschiedene Kirchen und Häuser von Madrid wurden Bomben geschleudert, die jedoch keinen größeren Schaden anrichteten. Auch aus Katalonien werden Zwischenfälle gemeldet. In Sabadell drangen 300 mit Revolvern bewaffnete Personen in die Geschäftsräume der katalanischen Liga ein und zerstörten alles, was ihnen unter die Finger kam. In Reus drang eine Gruppe von Randalstrolächern in ein Theater, in dem ein religiöses Stück aufgeführt wurde. Die Zuschauer wurden mit Stockhieben bearbeitet, so daß die Vorstellung abgebrochen werden mußte. In Barcelona haben junge Burschen Anhänger der christlichen Jugend, die von einem Bankett kamen, mit Steinen beworfen. Zwei Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Frankreich und Ost-Europa

Barthous Mission

Barthou „in Berlin“

DNB. Paris, 23. April. Ueber die Durchreise des französischen Außenministers Barthou durch Berlin schreibt der Sonderberichterstatter des „Petit Journal“ aus Warschau: Auf dem Bahnhof Zoo liegt der französische Botschafter Francois Poncet in den Jug und begleitete Barthou bis Frankfurt a. d. Oder. Auf dem Schlesienschen Bahnhof begrüßte Gesandter Graf Bassenow, der Chef des Protokolls, den französischen Minister und unterhielt sich während des 10 Minuten dauernden Aufenthalts mit ihm.

Herzliche Reden

In Warschau

Warschau, 23. April. Der polnische Außenminister Bed gab zu Ehren des französischen Außenministers Barthou ein Essen, an dem u. a. der Staatssekretär des Auswärtigen, Szombel, der französische Botschafter in Warschau, Varode, der Finanzminister Zawadzki und die Präsidenten der auswärtigen Ausschüsse der beiden Kammern teilnahmen. Außenminister Bed erklärte in seiner Begrüßungsansprache u. a., daß die polnisch-französischen Abkommen eines der stärksten und dauerhaftesten Elemente der internationalen Politik seien; denn sie hätten lediglich den Zweck, den Frieden zu organisieren und zu festigen. Tief von der unveränderlichen Dauer des Bündnisses unserer Länder überzeugt, erhebe ich mein Glas zu Ehren des Präsidenten der französischen Republik, zu Ehren unseres Gastes und zu Ehren des Wohlergehens der befreundeten großen Nation.

In seiner Erwidrerrede erklärte Barthou u. a., daß er stolz sei, ganz Frankreich vertreten zu dürfen, das die Treue wohl zu schätzen wisse. Diejenigen, die bestrebt sind, Schwierigkeiten, die im Leben der Völker unvermeidbar sind, anzunehmen, wissen nicht, was zwei Willen vermögen, die im selben Ideal verwurzelt sind und sich zur Erreichung desselben Zieles fest verknüpft haben. Frankreich und Polen wollen niemandem angreifen oder bedrohen; sie achten jedes Recht. Inmitten all der europäischen Probleme stellt die französisch-polnische Freundschaft einen Faktor des Friedens, der Ordnung, der Sicherheit und der Stabilität dar. Frankreich ist erfreut darüber, daß es durch nichts von diesem Lande getrennt wird. Die allgemeine Sicherheit ist die unerlässliche Bedingung für eine Herabsetzung der Rüstungen. Obwohl vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet die Interessen Frankreichs und Polens mitunter im Gegensatz zueinander stehen könnten, so bemühen sich die beiden Länder, in gleicher lokaler Weise ihre Interessen wieder einander zu nähern.

Paris, 23. April.

A. Sch. Die Reise des französischen Außenministers nach Warschau und Prag zeigt, daß Frankreich an die Aktivierung seiner Ostpolitik herangeht. Sie unterstreicht, daß Frankreich seine westeuropäische Macht wie England ist, sondern eine kontinentale europäische Macht. Frankreichs Lebensinteressen sind mit den Ereignissen an der Donau und an der Weichsel verbunden, wie keine andere europäische Großmacht, weder Italien noch Deutschland, ist es im europäischen Osten engagiert. Hier liegt das Schwerkraft seines Bündnis-systems. Frankreich kann sich hinter dem Rhein gar nicht zurückziehen, weil seine Verbündeten ostwärts von dem Inn und von der Oder liegen. Die Aktivierung der Ostpolitik bedeutet für Frankreich nichts anderes, als die Wiederanrichtung seiner Bündnispolitik und die Vereinfachung der Politik seiner Verbündeten. Vor den schweren Entscheidungen, vor allem in der Rüstungsfrage und im Kampf um Mitteleuropa, will Frankreich sein Bündnisystem enger zusammenschließen und seine Verbündeten auf eine einheitliche Linie der europäischen Politik bringen. Es kann in Europa keine Strukturpolitik, keine beschränkte regionale Politik mehr geben.

Frankreichs Verbündete sind eben durch ihre Verbindungen mit der großen kontinentalen Macht an sämtlichen europäischen Entscheidungen beteiligt, auch an solchen, die sie nicht unmittelbar territorial berühren. So wird Barthou über die österreichische Frage auch in Warschau, über die Haltung gegenüber der Sowjetunion auch in Prag verhandeln.

Die Verhandlungen in Prag werden einfacher und leichter zu führen sein. Im französischen Bündnisystem ist die Tschechoslowakei eine ständige Größe, mit fester unabänderlicher Tendenz. Durch das Bündnis mit der Tschechoslowakei ist Frankreich gleichzeitig mit Mitteleuropa und dem Donauraum verbunden, als führendes nach dem Westen vorgeschobenes Glied der kleinen Entente ist die Tschechoslowakei gleichzeitig Einfallstor nach dem Mitteleuropa und Brückenkopf nach der Donau. Zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei gibt es keine Streitigkeiten und selbst keine ungelöste Probleme. Für beide Länder gibt es nur gemeinsame Aufgaben. In der österreichischen Frage vertritt die Tschechoslowakei durch ihren Standpunkt auch die französischen Interessen am besten: weder Anschluß, noch Habsburg, noch die italienische Lösung der österreichischen Frage. In der Stellungnahme zum „dritten Reich“ bleibt die Tschechoslowakei fest und wird auf keinen Abbruch herabzufallen. Hier bleibt das französische Bündnisystem gesichert.

Sein komplizierter ist die Stellung Polens. Einseitig und unabweislich ist heute der Standpunkt Polens nur in der russischen Frage, wo es konform mit Frankreich vorgeht. Sonst muß Barthou in Warschau um die feste Einreihung Polens in das einheitliche Bündnisystem noch schwer kämpfen.

Es genügt für Frankreich nicht, daß Polen mit ihm zusammensteht, Frankreichs Ziele werden erst erreicht werden, wenn Polen auch mit seinen Verbündeten zusammen auftritt. Frankreich will im Osten gegen die Angriffs- und Ausdehnungsabsichten des Hitler-Deutschlands einen Großblock aufrichten, der von Moskau über Warschau mindestens bis nach Prag gehen soll. Hier setzen sich die Gefahren der jüngsten Wendung der polnischen Politik. Denn Polen hat nicht nur eine zweideutige Stellung zum „dritten Reich“ eingenommen, sondern auch seine Beziehungen zu den beiden Fronten der großen europäischen Front, mit der Frankreich zusammenarbeitet und in deren Mitte Polen steht, mit der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, sind gespannt geworden. Die Wiederherstellung dieser Front ist heute die entscheidende Aufgabe der französischen Politik. Barthou tritt als Vermittler zwischen Warschau einerseits, Prag und Moskau andererseits.

Das Gewicht der sowjetrussischen Frage darf bei den Verhandlungen Barthous keinesfalls unterschätzt werden. Denn die positive osteuropäische Politik Frankreichs findet ihre Grenze nicht an den Pfählen, die Polen von der Sowjetunion trennen, in diese Politik wird auch die Sowjetunion immer tiefer einbezogen.

Die weitgehende russisch-französische Verständigung ist bisher eine Fiktion und eine Tat der französischen Linken gewesen. Barthou ist kein Mann der Linken, er gehört zum gemäßigten Zentrum. Aber die russisch-französische Annäherung ist auch unter seiner Leitung weiter fortgeschritten und unter seiner Obhut ist die Vorbereitung des Eintritts der Sowjetunion in den Völkerbund in das entscheidende Stadium eingetreten. Die prosovietrussische Orientierung gehört von jetzt an zum besten Bestand, zur Kontinuität der französischen Außenpolitik, daran wird keine innenpolitische Schwankung was ändern können. Dagegen ist es kein Geheimnis — nur die Sowjetpresse verschweigt das — daß die russisch-polnischen Beziehungen nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Paktes unter dem Einfluß Berlins und durch die plötzlich veränderte Haltung Polens stark abgelehnt sind. Polen hat es abgelehnt, den gemeinsamen Pakt mit der Sowjetunion zu unterschreiben, um die Baltischen Staaten gegen die Angriffspläne des Hitler-Deutschland zu sichern; es hat seine Zustimmung zum russischen Vorschlag des Paktes der gemeinsamen Unterstützung gegen den Angreifer (wiederum Deutschland gemeint) nicht gegeben; es äußert seinen Unwillen gegenüber dem bevorstehenden Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund, Polen kann zum Bindeglied zwischen Frankreich und der Sowjetunion werden; das will Frankreich. Oder kann es zu einem Bindeglied zwischen Deutschland und Japan und zu einem Aufmarschplatz gegen die Sowjetunion werden; das will Deutschland. Polen schwankt heute zwischen zwei Entscheidungen.

Die Mission Barthous wird Klarheit schaffen müssen, ob die West-Ost-Richtung Paris-Prag-Warschau-Moskau gegen die Intrigen und die Kriegspläne des „dritten Reiches“ möglich ist.

Doumergue und Suvich

Die italienisch-englischen Rettungsversuche für die Abrüstungskonferenz

DNB. Paris, 23. April. In der Unterredung, die der italienische Unterstaatssekretär Suvich am Sonntag mit Ministerpräsident Doumergue hatte, ist — wie die Presse annimmt — der Wunsch Italiens, die Rüstungsabgesprächen auf der Grundlage des italienischen Vorschlags einer Rüstungsbeschränkung fortzusetzen, erörtert worden. Daß diese Anregung der nationalen Verteidigung Frankreichs weniger Abbruch tun würde, als der englische Abrüstungsvorschlag, gibt man hier zu, erklärt aber im gleichen Atemzuge, daß auch sie zu einer Legalisierung der unerlaubten deutschen Aufrüstung führen würde, mit der Frankreich sich unmöglich einverstanden erklären könne. Die Lösung des heißen Problems wird, so schreibt „Excelsior“, in starkem Maße von den Sicherheitsgarantien abhängen, die England und Italien im Falle eines Angriffs bieten. Daß diese Garantien in der einen oder anderen Form auf ein Defensivbündnis hinauslaufen müssen, betont „Le Jour“. Man verfährt, schreibt das Blatt, daß Mussolini bereit sei, auf diesem Wege sehr weit zu gehen. Suvichs Wunsch ist es, die Engländer davon zu überzeugen.

Der offizielle „Petit Parisien“ glaubt mitteilen zu können, daß Ministerpräsident Doumergue Suvich den formellen endgültigen Beschluß Frankreichs bestätigt habe, nicht nur die Verletzungen der Versailler Militärklauseln durch Deutschland zu legalisieren und die Heraushebung des deutschen Militärhaushaltes um 2 1/2 Milliarden zuzugehen,

sondern angesichts einer die Lage völlig verändernden Aufrüstung, deren Umfang übrigens niemand kenne, die französischen Verteidigungsmittel auch nicht im geringsten zu schwächen. Was die Verschiebung der Verhandlungen von der Grundlage der Rüstungsabgesprächen auf die der Rüstungsbeschränkung anlangt, dürfte der Ministerpräsident Suvich davon unterrichtet haben.

Daß Frankreich in einer Aussprache hierüber erst eintreten könne, wenn der allein zuständige Hauptauslöser der Abrüstungskonferenz sich für diese Veränderung der Grundlage einer ewigen Konvention ausgesprochen habe.

Endlich habe Doumergue darauf hingewiesen, daß durch diese Aenderung die Frage der Durchführungs- und Sicherheitsgarantien unberührt bleiben würde, in der weder die Regierung, noch das Parlament, noch die öffentliche Meinung Frankreichs mit sich handeln lassen könnte.

In Mailand wurde am Samstag von Handelsminister Camoreux und dem italienischen Staatssekretär Adami ein Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Frankreich gewährt Italien gewisse Erleichterungen in der Konzentrierung für Risse, Früchte und bestimmte industrielle Erzeugnisse, Frankreich erhält dafür Ausfuhrerleichterungen für Rasse.

„Deutsche Front“

Für Frontsoldaten Anmeldung und Schießen Pflicht

Uns liegt folgender „Befehl“ aus Burbach bei Saarbrücken vor:
Bund der Frontsoldaten Burbach, den 30. 3. 1934.
Ortsgruppe Burbach

Ortsgruppenbefehl!

Die Kameraden, die noch nicht Mitglied der Deutschen Front sind, haben sich sofort bei ihrem Ortsgruppenkameradschaftsführer anzumelden.

Ich habe Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der Besuch der Kameradschaftsabende Pflicht ist. Ebenso müssen die Kameraden unter 35 Jahren die Sport- und Schießabende regelmäßig besuchen.

Der Ortsgruppenappell findet am 10. April, abends 8 Uhr, im Saale Busch, Wilhelmstraße, der Kreisappell am 17. April, abends 8 Uhr, in der Wartburg, Saarbrücken, statt.

Erscheinen ist Pflicht!

An D. R. F. Volk Front-Heil Hitler!
Kameradschaft I. Eicher
Ortsgr.-Führer.

Georg Bernhard

Der Fall Severing und das „Pariser Tageblatt“

Aus Prag wird uns geschrieben:

Nachdem der Ursprung der Verleumdung gegen Severing einwandfrei festgestellt ist, bleibt noch übrig, das Verhalten eines Emigrantenblattes zu beleuchten. Es handelt sich um das „Pariser Tageblatt“, als dessen Chefredakteur Georg Bernhard zeichnet. Dieses Blatt hat am 1. April eine angebliche Havasmeldung über Severings Weg zu Hitler veröffentlicht. In den beiden folgenden Nummern vom 3. und 4. April gab es zwar die Dementis der skandinavischen Presse auf Grund der Erklärungen von Ludwig Severing wieder, hielt aber trotzdem an seiner Behauptung fest. Das Dementi bedeutete nur, so schrieb das Blatt, sein Vater sei „noch nicht offizielles Parteimitglied der NSDAP geworden“. Niemand wird wohl mehr daran zweifeln, daß Severing endgültig seinen Weg zu Hitler gefunden hat, wurde außerdem hinzugefügt. Erst als es am 5. April gezwungen war, die inzwischen von der französischen Presse veröffentlichte Erklärung von Severing selbst wiederzugeben, gab es — aber nicht offen und ehrlich, sondern nur verflankt — zu Severings Dementi sei wohl richtig. Das hinderte das Blatt aber nicht, am 7. April zwei Neuherungen der Londoner „Times“ und der Neuen Züricher Zeitung, die inzwischen überholt waren, abzurufen, in denen die Vorwürfe gegen Severing erneut als wahr behandelt wurden.

Diese Haltung änderte es auch nicht, als die „Deutsche Freiheit“ am 7. April jene Mitteilung veröffentlichte, durch die das kommunistische Blatt „Deutsche Volkszeitung“ in Saarbrücken als bühliche Verleumder und Urheber einer bühlichen Fälschung gegen Severing entlarvt wurde. Alle antizipierten Blätter, darunter viele, die die Verleumdung gegen Severing überhaupt nicht gebracht hatten, nahmen von dieser Erklärung Kenntnis. Anders das „Pariser Tageblatt“. Bis zum 10. April brachte es darüber keine Zeile. Wir halten das für um so erstaunlicher, als wir uns schwer vorstellen können, daß Georg Bernhard, langjähriger Präsident des Reichsverbandes Deutscher Presse, seine Auffassungen über die Pflichten eines gewissenhaften Journalisten so entscheidend geändert haben sollte. Nicht man allerdings die Briefkastennotiz des „Pariser Tageblattes“ vom 9. April, gerichtet gegen die „Baseler Nationalzeitung“ dann kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, als wenn das „Pariser Tageblatt“ es für etwas Schimpfliches hielt, einen Irrtum einzugehen. Diese Briefkastennotiz sucht sogar den Eindruck zu erwecken, als ob doch etwas Wahres an der Behauptung wäre, Severing befände sich auf dem „Weg zu Hitler“.

Wir begnügen uns mit der Gegenfrage: Auf welchem Weg befindet sich Georg Bernhard?

Die deutschen Emigranten

Verlängert oder nicht?

Man schreibt uns aus Straßburg:

Das ist die Frage, die man jetzt beinahe aus dem Munde eines jeden Deutschen vernehmen kann, der von Hitlerland in die Verbannung getrieben wurde. Auf Grund eines allgemeinen Erlasses wurden die Behörden angewiesen, die Aufenthaltsgenehmigung für politische Flüchtlinge bis 30. September 1934 zu verlängern. Aber nicht alle Emigranten gelangen in den Genuss dieser Verlängerung. Bei vielen ist die Frist abgelaufen, während der sie sich hier aufhalten durften. Sie müssen das Grenzgebiet verlassen. So hart für den einzelnen diese Entscheidung auch sein mag, generell läßt sich dagegen kaum eine Einwendung machen. Die Gründe, die bei der Festsetzung des zugelassenen Prozentsatzes der Ausländer im allgemeinen und der Deutschen im besonderen den Behörden als Richtschnur dienen, sind immerhin so gewichtig, daß sie auch dann respektiert werden müssen, wenn eine gewisse Härte sich nicht vermeiden läßt. Der Umstand, daß in diesen Wochen schon viele Flüchtlinge das Grenzgebiet verlassen haben und noch verlassen werden, zwingt alle verantwortlichen Stellen aber nach beinahe endlosen Besprechungen und Studienreisen einmal brauchbare Vorschläge darüber zu machen, wie die Sekundarmachung der deutschen Emigranten erreicht werden kann. Unnützlich zu lauen, daß es sich hier nicht um jene Leute handelt, die etwas Vermögen retten konnten, sondern in allererster Linie um die vielen Menschen, die ohne jede Existenzmittel in die Verbannung gingen. Für jene gilt es Arbeit zu schaffen, tener sollte sich die Fürsorge des Flüchtlingskommissars in erster Linie annehmen. Die Regierungen einzelner Länder sind bestimmt bereit, nicht nur Asylrecht zu gewähren, sondern auch in gewissen Grenzen die Arbeitserlaubnis zu erteilen.

Zuchthaus für Wallischs Frau

Wien, den 22. April 1934.

Die Witwe des großen Sozialistenführers in Bruck a. d. Mur in Steiermark, Doloman Wallisch, der nach den Unruhen vom 12. Februar gehängt worden ist, stand am Samstag wegen Hochverrats vor dem Leobener Schwurgericht. Frau Wallisch ist an der Seite ihres Mannes verhaftet worden. Sie erlitt damals infolge der Aufregungen einen Nervenzusammenbruch und Wahnvorstellungen und kam humpelnd und auf einen Stock gestützt in den Verhandlungssaal. Sie erklärte, daß sie sich nicht schuldig fühle. Sie habe nur Zigaretten und Lebensmittel an die Schutztruppen verteilt. Man könne ihr nicht verübeln, wenn sie an der Seite ihres Mannes angehörig habe. Das Schwurgericht erklärte sie dennoch für schuldig und verurteilte sie zu einem Jahr Zuchthaus.

Bekennnis der Saarbergleute

Der nationalsozialistische Parteistaat

ist nicht das Kultur-Deutschland der deutschen Arbeiter

Am vergangenen Sonntag tagte in Saarbrücken die Jahresversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter. 200 Zahlstellen der Bergleute waren durch Delegierte vertreten. In dieser Zeit, die von den Abstimmungskämpfen erfüllt ist, wurde die Jahresversammlung zu einer politischen Kundgebung von höchster Bedeutung. Die Bergleute bilden den Kern der arbeitenden Bevölkerung des Saargebietes. Ihre Entscheidung und ihr Bekenntnis ist nicht zu überdauern. Kein Zufall, daß sich der terroristische Kampf der „deutschen Front“ immer wieder um die Gewinnung der Bergleute bemüht. Es war bisher vergebens und es wird vergebens bleiben. Die Kundgebung des Sonntags hat erneut bewiesen, daß die im Bergbauindustriearbeiterverband organisierten Bergleute in ihrem Bekenntnis zur Freiheit an der Saar nicht zu erschüttern sind. An dieser Tatsache ändert auch nichts die besondere soziale Situation der Bergleute an der Saar; daß sie sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit vom französischen Grubenzkapital befinden, das in der Behandlung der Bergleute sehr viele sozialpolitische und psychologische Fehler gemacht hat und noch immer macht.

Die Kundgebung wurde von dem Führer der Bergarbeiter Julius Schwarz eröffnet. Wir entnehmen seiner vorläufigen Beschlüsse begründeten Ansprache die folgenden Sätze: „Wir brauchen keine neuen Programme. Unser Programm ist und bleibt der Sozialismus. Hier im ehemaligen Lande der Stumm- und Hilger-Verhältnisse ist der letzte Boden des deutschen Freiheitskampfes. Als freie Kampfmenschen tun wir Bergarbeiter hier unsere Pflicht.“ Stehend nahmen die Versammelten eine Ehre der toten Verbandskameraden sowie der toten Freiheitskämpfer im Hitlerdeutschland und in Oesterreich und der durch Katastrophen zu Tode gekommenen Bergarbeiter entgegen. Der Führer der lothringischen Gewerkschaften, Riem, überbrachte die Grüße seiner Organisation. Die französischen Bergleute seien, so sagte er, mit dem ganzen Herzen bei den Trägern des Freiheitskampfes, der mit Belenker- und Kampfesmut ausgefochten werde. Dieser Freiheitskampf sei der beste Kampf für die Freiheit, Antifaschismus sei gleichbedeutend mit dem Kampf gegen den Kapitalismus (Stürmischer Beifall).

Nachdem noch Bezirksleiter Dobisch die Grüße der freien Gewerkschaften des Saargebietes überbracht hatte, wurde eine Reihe von Entschlüssen einstimmig angenommen, die als bedeutungsvolle Kundgebungen

in den Saarkämpfen zu werten sind. Das Industrie-Proletariat bildet im Saargebiet die weitaus große Mehrheit der Bevölkerung. Seine Willensfundgebungen sind Kennzeichen der Stimmung, die die arbeitenden Massen im Freiheitskampf der Saar gegen die Austlieferung an den Hitlerterror erfüllt.

Die erste Entschlüsselung erklärt, daß der Verband deutscher Bergbauindustriearbeiter sich mit einem deutschen Vaterland der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde verbunden fühle. Der nationalsozialistische Parteistaat des Terrors, der Konzentrationlager, der Vertreibung deutscher Volksgenossen und Vernichter der Gewerkschaften sei

nicht das Kulturdeutschland der deutschen Arbeiter.

Darum protestiere die Generalversammlung gegen die faschistische Saarpolitik der sogenannten „deutschen Front“, die nach Stumm-Hilger-Methoden unter Drohungen dem Verbands die Versammlungssäle abtreibe und die Mitglieder mit Versprechungen und Drohungen zum Austritt aus dem Verbands zu bewegen versuche. Die Entschlüsselung endet sich ferner gegen den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Dieser Schritt sei eine schwere Schädigung der Saarinteressen, vor allem aber der Bergleute, deren Lebensschicksal mit dem geschickten Abzug der Saarkohle verbunden sei. Am Schluß heißt es: „Die Delegierten der Generalversammlung lehnen es im Namen der freiorganisierten Bergarbeiter ab, ihre sozialistischen Ideale, freigewerkschaftlichen Aufgaben und Ziele durch Beitritt zur „deutschen Front“ zu verleugnen. Die Generalversammlung gelobt, die freigewerkschaftliche Arbeiterlehre im Verband deutscher Bergbauindustriearbeiter zu verteidigen.“

Weitere Entschlüsselungen fordern von der Reichsregierung die Freigabe des im Saargebiet und im Reich liegenden Bergbauvermögens, das rechtswidrig zurückgehalten werde. Es werden ferner eine Reihe von Forderungen an die französische Grubenerwaltung und die Regierungskommission gerichtet, die sich auf die Einschränkung der Arbeitermengen, auf die Verringerung der Betriebskosten und die Klagen innerhalb der tariflichen Abmachungen beziehen. Auch für die Bergarbeiterjugend werden bestimmte Forderungen aufgestellt. Von Wichtigkeit ist dabei die Erklärung, daß der freiwillige Arbeitsdienst und die Arbeitsdienstpflicht nicht geeignet seien, die Erwerbslosigkeit der Jugend zu beheben.

In später Nachmittagsstunde wurde die Konferenz geschlossen. Sie war eine überzeugende Kundgebung für die Freiheit und Geschlossenheit der Freiheitsfront der Bergleute an der Saar.

Deutsche Gerichtsgreuel

Genau nach nationalsozialistischen Berichten

Unter der Überschrift „Das Badische Sondergericht tagt“ berichtet das in Mannheim erscheinende „Hakenkreuzbanner“ (Nummer 105):

Die Rache der Braut

Der 40 Jahre alte Emil F. aus Ettlingen, wohnhaft in Karlsruhe, hatte eine Braut Frau G. Er sollte der vierte Mann werden, nachdem sie von den drei anderen geschieden war. Bei F. entdeckte sie noch vorher, daß er nicht der geeignete Mann für sie ist. Die Verlobung wurde gelöst, trotzdem kam er noch wie vor in ihre Wohnung.

Es wird angeklagt bleiben, aus welsch edlen Motiven heraus Frau G. sich bewegen ließ, F. wegen angeblich in ihrer Wohnung gemachter Neuherungen gegen unteren Reichsanwalt und anderer Persönlichkeiten der Reichsregierung zur Anzeige zu bringen. Aus ihrem nationalen Empfinden heraus bestimmt nicht. Keineswegs ist sie eine klassische Jungfrau. Im Elsaß geboren, soll sie nach Angaben des Angeklagten einer Familie angehören, die stets mit den Franzosen sympathisierte, auch während des Krieges. Wie weit diese Angaben zutreffen, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen, jedenfalls unterhält sie heute noch verwandtschaftliche Beziehungen zum Elsaß.

F. war stets partellos, ist im Reide gewesen, ging später zur Fremdenlegation nach Marokko, von wo er nach 2 1/2 Jahren desertierte. Von einer Betätigung für die kommunistische Partei ist der Polizei nichts bekannt, nie ist er radikal hervorgetreten. Daß er Frau G. veranlaßte, ihren Stiefsohn in die Hitlerjugend und in die NSDAP zu schicken, was sie aber strikte ablehnte, ist ihrem Gedächtnis heute vollkommen entfallen. Aber es gefällt ihr heute in Deutschland so gut, sie ist ja auch schon seit 3. März vorigen Jahres national geimnt. — Während der Angeklagte sie im Gerichtssaal korrekt mit „Sie“ anpricht, faucht sie temperamentvoll auf ihn los: „Was sagst du?“

Eine Untermietlerin der Frau G. spielt ebenfalls eine Rolle. Die als Jungfrau austritt und die die Aussagen des F. teilweise gehört haben will. Sie ist in einen Ehescheidungsprozess verwickelt in dem F. als Zeuge auftreten soll und so steht einer gegen den anderen.

F. bekennt, die Neuherungen in irgendeiner Form getan zu haben, doch machen beide Frauen ihre Aussagen unter Eid.

Der Besitz eines Revolvers, was F. weiter zur Last gelegt wurde, wird von ihm nicht bestritten, er will ihn später weggenommen haben.

Der Staatsanwalt beantragt eine Gesamtstrafe von 14 Monaten; abzüglich 8 Wochen Untersuchungshaft, welchem Antrag das Sondergericht auch entspricht.

Der „Nebelspalter“

Der auf der Anlagebank sitzende tschechische Staatsangehörige der 31 Jahre alte Franz R. aus Krefeld, ist den Polizeibehörden der rheinischen Städte so hinretzend bekannt und hat sich dort so wenig Sympathien erworben, daß er aus dem preußischen Staatsgebiet ausgewiesen wurde. Er

ging nach der Schweiz, die ihn aber wieder absah, und so kam er nach Baden. Aus Zürich bringt er eine Nummer des bei uns verbotenen Schweizer Wochens „Der Nebenspalter“ mit, die er am 21. Januar 1934 in einer Herberge in Freiburg i. Br. anderen Wandergesellen zeigte. Dort wird er in Haft genommen. R. behauptet, daß er das Blatt einem bekannten Mitglied der NSDAP in Krefeld habe zeigen wollen, doch läßt sich dieser Mann, der einen alltäglichen Namen trägt, nicht feststellen.

Das Gericht verurteilte R. nach dem Antrag des Staatsanwaltes zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr, zehn Wochen Untersuchungshaft werden angerechnet. Weiter erklärt das Gericht für zulässig, daß die zuständige Verwaltungsbehörde R. innerhalb sechs Monaten aus dem deutschen Reichsgebiet ausweisen kann.

Ein Jahr Gefängnis für Verbreitung kommunistischer Druckschriften

Gänzlich unbestraft ist der 32 Jahre alte Wilhelm A. aus Mühlhausen i. G., der sich wegen Verbreitung kommunistischer Druckschriften in der Zeit vom Mai bis November 1933 in der Diktatur in Karlsruhe zu verantworten hat. Er kam als ehemaliger Kaffierer der NSDAP nach der nationalen Erhebung in Tübingen und dürfte also etwas gelernt haben. Kam Verlaus dieses Winters, in dem er und seine Familie die Wohltaten des Winterhilfswerkes kennenlernte, will er sich vollkommen gewandelt haben und nach seiner Freilassung ein anderer Mensch werden.

Vorerst hat er die vom Sondergericht ausgesprochene Strafe von einem Jahr Gefängnis zu verbüßen. Da er geschäftig war, werden ihm drei Monate der Untersuchungshaft angerechnet. Auch der Staatsanwalt hatte Strafe in dieser Höhe beantragt.

Mit benommenem Kopf

anscheinend ein chronischer Zustand, ging der 37jährige angeklagte in Basel geborene Josef Sch. (jedoch Deutscher) am 28. Januar d. J. bei Verroch von Basel kommend über die Grenze. Er ist bekannt als Mann der ziemlich Alkohol vertragen kann. Auch an diesem Tage war er reich in der spanischen Weinprobe, dann anschließend noch tanzen, und es ist schon möglich, daß er nicht mehr ganz nüchtern war. Beim Grenzübertritt wird ihm von einem Beamten eine Zeitung aus der inneren Rodtasse gezogen, die in Saarbrücken erscheinende „Deutsche Freiheit“. Sch. ist zunächst perplex, wie kommt diese Zeitung in seinen Rod. Ueber die Herkunft macht er drei verschiedene Angaben, welche ist richtig? Jedenfalls will er den Inhalt nicht gefasst haben und auch über die Gefährlichkeit nicht unterrichtet gewesen sein. Mit Rücksicht auf den späten Zeitpunkt, Januar 1934, läßt der Staatsanwalt eine exemplarische Strafe für angemessen und beantragt 1 1/2 Jahre Zuchthaus oder 1 Jahr 4 Monate Gefängnis. Das Gericht erkennt auf eine Strafe von 10 Monaten, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft. Die Absicht zur Weiterverbreitung konnte Sch. nicht nachgewiesen werden.

Die „illegale“ Schreibmaschine

H. B. vor dem in Bremen tagenden Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichtes hatten sich acht Antifaschisten zu verantworten, denen man vorwarf, eine „illegale“

Schreibmaschine verstecktgehalten zu haben. Diese Maschine ging im Laufe der Zeit durch mehrere Hände und wurde schließlich in der Erde vergraben. Das Gericht verhängte über sieben Angeklagte, unter denen sich eine Frau befand, Gefängnisstrafen von neun Monaten bis zu zwei Jahren.

Hamburgs Abstieg

Die ersten drei Monate 1934 schließt Hamburg mit einem Seeschiffsverkehr von 3931 (i. V. 4078) Schiffen und einem Rauminhalt von 4365 (4235 Mill. NRT. ab. Antwerpen Verkehrszahlen lauteten 2418 (2307) Fahrzeuge mit 4,192 (4,177) Mill. NRT. und die von Rotterdam 2445 (2191) Schiffe mit 3,693 (3,275) Mill. NRT. Rotterdam zeigt also mit einem Plus von 0,418 Mill. NRT. die größte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Bei Antwerpen betrug sie 15 563 NRT. und bei Hamburg 0,130 Mill. NRT.

Ende 1933 betrug der Vorsprung Hamburgs vor Antwerpen, am gesamten Jahresverkehr gemessen, 0,447 und vor Rotterdam 2,526 Mill. NRT. Am Ende des ersten Vierteljahres 1934 stellte sich der Vorsprung Hamburgs vor Antwerpen auf 0,172 und vor Rotterdam auf 0,627 Mill. NRT.

Brot und Eisen

Die wachsende deutsche Metalleinfuhr

Die deutsche Metalleinfuhr ist in kräftigem Steigen begriffen, was natürlich zu der Anspannung der Devisensituation und den damit verbundenen Kontrollmaßnahmen geführt hat. Eine „Amens“ entnommene Tabelle, die die Entwicklung der deutschen Metalleinfuhr (roh, Bruch, alt, Abfälle und Legierungen) veranschaulicht, zeigt, daß sich der Gesamtaufwand für diese Importe von rund RM. 159 Mill. 1932 auf 186 Mill. 1933 erhöht hat und in den ersten zwei Monaten 1934 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres weiter von 25 Mill. auf 39 Mill. gestiegen ist. Im Monatsdurchschnitt beliefen sich die Importe in den ersten zwei Monaten des vergangenen Jahres auf 12,7 Mill., im ganzen Jahre 1933 auf 15,5 Mill. und in den ersten zwei Monaten dieses Jahres auf 19,4 Mill.

Einfuhr in Tonnen	1932	1933	1933	1934
Kupfer	175 161	207 141	28 465	46 201
Zink	101 788	100 626	12 140	22 475
Blei	50 657	48 685	5 226	9 686
Zinn	12 110	14 872	2 354	2 684
Sonstige unedle Metalle	9 844	16 064	1 912	3 289
zusammen in Mill. RM.	159,16	186,07	25,35	38,82

„Scheu vor Wechseln“

In der Hauptversammlung der Dresdner Bank wandte sich das Vorstandsmitglied Dr. Schippel mit aller Deutlichkeit gegen die Vorwürfe, daß bei den Großbanken der Anteil der größeren und mittleren Kredite an den Gesamtkrediten betragsmäßig noch immer viel zu groß wäre. Kredite könnten doch nur entsprechend dem Bedarf und den vorhandenen Betrieben und Betriebsvermögen gegeben werden. Da aber nach Betriebsvermögen und Kreditbedarf ein weitaus größerer Teil der deutschen Wirtschaft auf größere und große als auf kleine und mittlere Betriebe entfalle, so sei es nur logisch, daß bei einer Großbank, die doch für die Kreditversorgung der Gesamtwirtschaft zur Verfügung zu stehen hat, summenmäßig auf diese Betriebe auch mehr Kredite kommen müssen als auf Kleinbetriebe, wenn nicht wichtige Teile unserer Wirtschaft in ihrer Kreditversorgung benachteiligt werden sollen. Die Bereitwilligkeit zur Kreditvergabe werde durch die anhaltende Scheu vor dem Wechsel beeinträchtigt.

Und die glaubten an Hitler

(Inpreß.) Das sächsische Ministerium des Innern hat folgende Organisationen mit sofortiger Wirkung aufgelöst und verboten: Reichsverband der Reichsbankgläubiger; Reichsbund der Inflationsopfer e. V.; Aufwertungs- und Aufbauarbeit; Freier Bund für Volkes Recht und Aufwertungs-Reichsbankgläubiger und Inflationsgeschädigte aller Art; Bund bayerischer inflationsgeschädigter Staatsbürger; Schutzverband der Hypotheken-, Pfandbrief- und Obligationsgläubiger in Bayern. Das Vermögen der aufgelösten Vereinigungen wird beschlagnahmt.

Das Recht der Sklaven

(I. T. F.) Adolf Hitler hat sich einst ausdrücklich als Schüler des italienischen Faschismus bezeichnet. Er hat die NSDAP. nach dem Vorbild der Faschisten Italiens mit Unternehmern ausgerüstet und im Auftrage seiner Geldgeber die arbeitenden Massen unterdrückt. Jetzt müssen die Sklavenhalter der italienischen Arbeiterschaft anerkennen, daß die Schüler den Meistern übertroffen haben. Die „Lavoro Fascista“, das Blatt des italienischen Korporationsministeriums, erklärt: „Was den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit anbetrifft, so sind wir gern bereit, anzuerkennen, daß Deutschland schon weiter ist als Italien. Tatsächlich hat der Nationalsozialismus jeden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit mit einem sehr einfachen und durchsichtigen Mittel abgeschafft: er hat die Arbeiter an Händen und Füßen gelunden dem Kapitalisten ausgeliefert. Wer sich überzeugen will, der lese die zwei jüngsten Gesetze über die Arbeit und die Ordnung der Wirtschaft, die im Reich (am 1. Mai) in Kraft treten und er wird sehen, daß die deutschen Arbeiter nur ein Recht haben, das Recht, ihren Arbeitgebern zu gehorchen.“

Tarfsenkung unmöglich!

Zu Anfang des Jahres waren Meldungen verbreitet worden, daß auf 1. Mai eine allgemeine Senkung der deutschen Personentarife um etwa 20 bis 25 Prozent zu erwarten sei. Jetzt wird von zuständiger Stelle bestätigt, daß diese Absichten zwar vorgelegen hätten, daß sie sich aber gegenwärtig nicht durchführen ließen. Die Reichsbahn gebe

„Zeichnet Kriegsanleihe!“

Der Griff nach den Spargeldern

„Es wird gepumpt!“ Mit dieser klassischen Wendung hat Hitlers Finanzminister, Graf Schwerin von Krosigk die Frage nach dem Ursprung des Geldes für die Arbeitsbeschaffung im „dritten Reich“ beantwortet. Man glaubt den Studiosus Bierstempel im zwölften Semester, nicht den verantwortlichen Säckelhalter eines Großstaates über die Grundlagen seiner Finanzgebarung reden zu hören. Klingt dieses kernige „Es wird gepumpt“ doch fast wie der berühmte § 11 des Bierkomments: Es wird gesoffen!?

Dennoch, dieses treudeutsch „Es wird gepumpt“ — es war nicht ganz offenerherzig. Es fehlte nämlich eine wichtige Ergänzung, es fehlte die Angabe, bei wem und von wem gepumpt wird. Die entnimmt man weit unauffälliger der Presse des „dritten Reiches“, wo schamhaft etwa über die „Einschaltung der Sparkassen“ in die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung mitgeteilt wird.

Wo im „dritten Reich“ „geschaltet“ wird, ob „gleich“ oder „ein“, da steht die Sache faul. Die Einschaltung der Sparkassen ist nur ein euphemistischer Ausdruck für den Tatbestand, daß das Geld der Sparer jetzt in das Danaidenfaß der „Arbeitsbeschaffung“ hineingeschüttet wird.

Es gab während des Weltkrieges besonders kluge Leute, die wollten keine Kriegsanleihe zeichnen, weil ihnen diese zu unsicher schien, sie trugen ihr Ersparnis lieber zur alten soliden Sparkasse. Wie sie sich nachher die Augen rieben,

konnten sie gewahr werden, daß statt ihrer die alte solide Sparkasse das Geld in Kriegsanleihe verwandelt hatte. . . . So ähnlich ist es auch jetzt. Die deutsche Sparkassen- und Giroorganisation hat einen Plan ausgearbeitet, der darauf hinausläuft, mindestens 1500 Millionen Reichsmark, also anderthalb Milliarden, aus Spareinlagen im Laufe des Jahres 1934 für die Arbeitsbeschaffung bereitzustellen. Da es aber für die Sparkassen gewisse Vorschriften gibt, die den Sparer die Sicherheit und Liquidität ihrer Einlagen garantieren sollen, so verlangt dieser edle Sparkassenverband die Aufhebung, bzw. Milderung der zur Zeit geltenden „starrten und heute überholten“ Liquiditätsbestimmungen.

Man merkt deutlich, wie hier die schiefe Ebene betreten wird, auf der die Spargelder in den Abgrund rollen werden. Damit der Sache aber ein gewisser versöhnlicher Humor nicht fehlt: just dieser Tage schaltet sich der Schutzverband der deutschen Sparer gleich und ließ öffentlich erklären, daß sein früheres Mißtrauen gegenüber Regierungen wie Brüning nunmehr geschwunden sei, daß der Verband deshalb gegenüber der nationalen Regierung seine Trug- und Kampfstellung aufhebe und sein neues Ziel darin sehe, die Bevölkerung über den Wert des Sparens aufzuklären.

Uns ist, als töne es von weither: Zeichnet Kriegsanleihe. . . sicherste Anleihe. . . zeichnet Kriegsanleihe!

Aufblähung des Zwischenhandels

Zwischen 1925 und 1935

Mit der Volkszählung vom 16. Juni 1933 wurde gleichzeitig eine Berufszählung und eine landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebszählung durchgeführt. Die vorläufigen Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung werden jetzt in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht. Wenn sich die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung auch nicht auf den tiefsten Stand der Wirtschaftstätigkeit beziehen, so geben sie doch einen Gesamtüberblick über den Bestand an Gewerbebetrieben zu einem Zeitpunkt, der noch verhältnismäßig nahe am Krisentief lag. Ein Vergleich der gewerblichen Betriebszählung 1933 mit den Zahlenangaben der gewerblichen Betriebszählung 1925 läßt daher erstmals die Wirkungen der Krise auf die gewerbliche Wirtschaft und ihren strukturellen Aufbau in nahezu vollem Umfang erkennen. Bei der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1933 wurden im Deutschen Reich (ohne Saargebiet) gezählt:

Gewerbeabteilung	Betriebe		Beschäftigte Personen		Nennleistung der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verw. Kraftmaschinen PS	
	Zahl	%	Zahl	%	PS	%
A Nichtlandwirtschaftl., Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei	24 362	0,7	55 959	0,4	5 914	0,0
B Industrie u. Handwerk	1 897 929	53,7	8 894 711	61,6	25 306 694	94,0
C Handel und Verkehr	1 612 740	45,6	5 487 211	38,0	1 475 925	6,0
Gewerbe insgesamt	3 535 031	100,0	14 937 881	100,0	24 798 533	100,0

Am 16. Juni 1933 gab es also in Deutschland rund 3,5 Millionen gewerbliche Betriebe mit 14,4 Millionen beschäftigten Personen und 24,8 Millionen PS installierter Kraftmaschinenleistung zum Antrieb von Arbeitsmaschinen.

Der wirtschaftliche Niedergang in den letzten Jahren, der in der gewaltigen Zunahme der Arbeitslosigkeit seinen sichtbarsten Ausdruck fand, tritt auch beim Vergleich der Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählungen von 1925 und 1933 in Erscheinung.

Die Zahl der im deutschen Gewerbe beschäftigten Menschen ist in diesen acht Jahren von 18,4 auf 14,4 Millionen, also um mehr als ein Fünftel, zurückgegangen. Die Zahl der Gewerbebetriebe hat sich dagegen um rund 75 000 (rund 2,2 Prozent) erhöht.

Da diese Zunahme hauptsächlich in Gewerbeabteilungen mit handwerklichem und kleingewerblichem Einschlag sowie im Einzelhandel festzustellen ist, dürfte sie vor allem darauf zurückzuführen sein, daß sich eine größere Zahl der durch die

Krise erwerbslos gewordenen Arbeitnehmer „selbständig“ gemacht hat.

Gütererzeugung und Güterverteilung zeigen hinsichtlich der Veränderungen in den Betriebs- und Personalzahlen erhebliche Unterschiede. Während sich der Betriebsbestand in Industrie und Handwerk geringfügig vermindert hat, ist er in Handel und Verkehr um 5,8 Prozent gestiegen, wie nachstehender Vergleich der Zahl der Betriebe zeigt:

Betriebe	1925	1933	Veränderung 1933 gegen 1925 in %
A Nichtlandwirtschaftl., Gärtnerei, Tierzucht und Fischerei	24 362	24 748	+ 1,6
B Industrie und Handwerk	1 897 929	1 909 806	+ 0,6
C Handel und Verkehr	1 612 740	1 704 121	+ 5,8
Gewerbe insgesamt	3 535 031	3 638 675	+ 2,9

Noch größer sind die Unterschiede beim beschäftigten Personal. Im Güterverteilungsapparat waren im Jahre 1933 nahezu ebenso viele Personen beschäftigt wie im Jahre 1925, dagegen sind in Industrie und Handwerk 1933 nur noch zwei Drittel der im Jahre 1925 tätigen Menschen ermittelt worden:

Beschäftigte Personen	1925		1933		Veränderung 1933 gegen 1925 in %
	Zahl	%	Zahl	%	
A Nichtlandwirtschaftl., Gärtnerei, Tierzucht, Industrie u. Kleinsthandwerk	55 959	0,4	72 708	0,5	+ 29,0
B Industrie und Handwerk	8 894 711	61,6	12 824 395	85,9	+ 44,7
C Handel und Verkehr	5 487 211	38,0	5 407 460	36,6	- 1,5
Gewerbe insgesamt	14 937 881	100,0	18 504 563	124,0	+ 23,5

Die wichtigsten Erkenntnisse über die Wandlungen im strukturellen Aufbau der gewerblichen Wirtschaft vermittelt aber erst die unterschiedliche Entwicklung im Betriebs- und Personalstand der einzelnen Gewerbeabteilungen. So ergibt sich zunächst, daß der Güterverteilungsapparat innerhalb der gesamten Wirtschaft im Jahre 1933 einen breiteren Raum einnimmt als im Jahre 1925. Er beschäftigt 1925 drei Zehntel, 1933 aber nahezu vier Zehntel aller gewerblich tätigen Personen. Bemerkenswert ist, daß die Beschäftigung weiblicher Personen zwar insgesamt von 4,7 auf 4,1 Millionen zurückgegangen ist, daß ihr Anteil an der Gesamtzahl der gewerbetätigen Menschen jedoch von 25,4 auf 28,2 Prozent gestiegen ist. Gerade diese Zahlen zeigen eine gewisse Schwäche jeder statistischen Erfassung an einem Stichtag. Seit Mitte Juni 1933 dürfte gerade hier eine erhebliche Wandlung eingetreten sein. Trotzdem bietet die Statistik natürlich der Wirtschaftspolitik wertvolle Grundlagen und tiefe Einblicke in die Wirtschaft, worauf noch zurückzukommen sein wird.

Die russische Staatsanleihe

Die auf die Initiative der Magnitogorsker Arbeiter aufgelegte Zeichnung der zweiten Folge der inneren Anleihe für den zweiten Fünfjahresplan verläuft in der ganzen Sowjetunion mit großem Erfolge. Ununterbrochen laufen Meldungen über die außergewöhnliche Begeisterung aus Städten, Dörfern, Betrieben, Kollektivwirtschaften, Sowjetwirtschaften, von auf hoher See befindlichen Schiffen und von Stationen in der Arktis ein. Dutzende von Millionen Rubel wurden bereits gezeichnet. Seit der ersten Sowjetanleihe liehen die Werktätigen ihrem Staate über 9,5 Milliarden Rubel, allein während des ersten Planjahrfünftens waren es ungefähr 6 Milliarden Rubel.

Die Staatsanleihen spielten bei der Finanzierung des sozialistischen Aufbaus eine ungeheure Rolle. Alle diese Anleihen wurden ausschließlich zur Finanzierung der Volkswirtschaft und des Kulturaufbaus verwendet. Ein Beweis für die große Popularität der Anleihen ist die ununterbrochene Zunahme der Zahl der Anleihebesitzer. Von 6 Millionen im Jahre 1927 stieg sie auf 40 Millionen im Jahre 1933. Während der 13 Jahre seines Bestehens des sowjetischen Staatskredits zahlte der Staat 1834 Millionen Rubel Anleihezinsen und Gewinne an die Bevölkerung, wovon 560 Millionen auf das Jahr 1933 entfallen. Im laufenden Jahre werden über 800 Millionen zur Auszahlung gelangen. Die Werktätigen bauen also ausschließlich aus eigenen Mitteln ohne Anleihe von außen die sozialistische Wirtschaft auf.

Preissteigerungen bis zu 80 Prozent

In einem Erlaß an die Badische Industrie- und Handelskammer warnt der badische Finanz- und Wirtschaftsminister Köhler die ihr angeschlossenen Verbände und Innungen vor Preissteigerungen. Bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten sei in den letzten Wochen beobachtet worden, daß die eingereichten Angebote der Unternehmer hinsichtlich der Preisstellung alle gleichlautend waren. Es handelt sich dabei offensichtlich um Preisfestsetzungen der Innungen. Dabei wurden Preissteigerungen bis zu 80 Prozent im Vergleich zu den Preisen vor drei Monaten festgestellt. Der Minister wendet sich scharf gegen diese unberechtigte Preistreiberi, an der weniger das Bauhauptgewerbe als vielmehr die Bauuntergewerbe beteiligt seien.

„Was habe ich ihnen getan?“

Elisabeth Bergner berichtet

Die „Wiener Sonn- und Montagszeitung“ veröffentlicht ein Gespräch des Berichterstatters einer jüdischen Zeitung, das vor dem Verbot ihres Filmes stattgefunden hat. Wir entnehmen der Unterhaltung:

„Sie kommen jetzt aus Deutschland? Können Sie mir erklären . . . was diese Menschen von uns wollen? Was haben wir ihnen getan?“

Elisabeth Bergner zeigte eine widerwärtige Karikatur. Plötzlich sprang sie auf:

„Sagen Sie mir, wenn Sie es können, was habe ich diesen Menschen getan? Ich bin eine Künstlerin, ich habe mich nie um Politik gekümmert, verstehe gar nichts davon, habe nie einer Partei angehört, nie eine Zeile geschrieben, nie eine Rede gehalten . . . ich habe nichts getan als gespielt, gespielt, gespielt!“

Was habe ich diesen Menschen getan, daß sie mich jetzt beschimpfen, in den Dreck ziehen?

Ich will Ihnen sagen, was ich ihnen getan habe: ich habe ihnen immer nur das Beste gegeben, was ich hatte. Das bißchen Kraft, das ich habe, habe ich immer bis zum Letzten eingesetzt für meine Kunst. Ich habe mich nicht geschont, ich habe es mir nicht leicht gemacht.

Wenn ich etwas erreicht habe, wenn ich „berühmt“ bin, wenn ich Liebe im Ueberfluß gerntet habe — ich habe es mir verdient, ich habe redlich dafür bezahlt.“

Sie ging erregt im Zimmer umher und blieb dann dicht vor mir stehen.

„Es gibt so viele Dinge, die wir Frauen nicht begreifen, die wir euch Männern einfach glauben müssen. Ich verstehe nichts von all dem, was jetzt in Deutschland politisch vor sich geht, und ich muß jede Erklärung akzeptieren, die ihr mir dafür gebt.“

Aber in meinem kleinen Kreis weiß ich Bescheid, da lasse ich mir nichts vormachen. Und wenn man heute in deutschen

Blättern schreibt, ich sei dem deutschen Publikum fremd, hätte ihm nichts zu sagen, man wolle mich nicht mehr, so weiß ich: das ist nicht wahr!

Vielleicht kann man den Leuten jetzt verbieten, sich meine Filme anzusehen, vielleicht kann man den Schriftstellern in Deutschland verbieten, für mich einzutreten.

Aber eins kann man nicht: den Menschen, die mich als „Heilige Johanna“ gesehen haben oder als das russische Mädchen „Ariane“, die Erinnerung daran rauben, ihr Erlebnis unpfälchen.

Ich habe sie ergriffen, sie haben mich geliebt, ich müßte es auch ohne die Tausende von Briefen, die ich aus Deutschland bekommen habe — aus der tiefsten deutschen Provinz wie aus Berlin.

Nein, das alles ist nicht wahr, was man jetzt über mich schreibt. Und ich begreife nicht, warum es geschieht. Was habe ich diesen Menschen getan?“

„Sie sind eine Jüdin, Elisabeth Bergner!“ Sie flüsterte mehr, als sie sprach:

„Nur weil ich eine Jüdin bin? Ist das mein ganzes Verbrechen?“

„Ja, ich bin eine Jüdin! Hören Sie: ich habe immer gewußt, daß ich eine Jüdin bin, ich habe es nie geleugnet, aber ich habe es auch bis heute nie wirklich erlebt.“

Das Tiefste erlebt man immer im Unglück. Ich bin eine Jüdin, ich bin stolz darauf! Ich will, daß jedermann weiß, daß ich eine Jüdin bin. Nicht nur die, die mich heute beschimpfen, sollen es wissen, sondern auch die, die mich verehren.

Es wäre mir unerträglich, wenn irgend jemand glauben könnte, die Jüdin Elisabeth Bergner wolle sich hinter der Künstlerin Elisabeth Bergner verstecken.

Ich bin eine Jüdin, meine Feinde sollen es wissen und meine Freunde.“

Max Brod

50 Jahre

Am 27. Mai wird der Dichter und Publizist Max Brod 50 Jahre alt. Verschiedene literarische und gesellschaftliche Gruppen in Prag und in anderen Städten der Tschechoslowakei bereiten aus diesem Anlaß Ehrungen für den Dichter vor. Das Prager Neue Deutsche Theater begann die Reihe dieser Ehrungen mit der Aufführung von Brods schon mit Erfolg über verschiedene Bühnen gegangenem Schauspiel „Lord Byron kommt aus der Mode“.

Max Brod, Dr. jur., 1884 in Prag geboren, war zunächst im Staatsdienst tätig, den er 1924 als Sektionsrat verließ, um in die Redaktion des „Prager Tagblatts“ einzutreten. Er ist Mitbegründer des jüdischen Nationalrates in Prag. Seine künstlerische und jüdische Persönlichkeit wird im „Jüdischen Lexikon“ (Spalte 1173/1175) u. a. wie folgt charakterisiert: „Der Grundcharakter seines Künstlertums ist die Liebe zum Leben (Eros), wozu allmählich und in immer neuen Wandlungen die Versenkung in sein Judentum als ethisches Element hinzukommt. In der ersten, von ihm als „Indifferentismus“ bezeichneten Epoche erscheint die Liebe zum Leben als hingebungsvolle Betrachtung ohne strafes Willensziel („Tod des Toten“, 1906; „Schloß Normenpygge“; „Der kleine Lo“; „Die Höhe des Gefühls“; „Weiberwirtschaft“); das Judentum ist ihm nur eine der vielen Erscheinungsformen des Lebens („Jüdinnen“, „Arnold Beer“). In der zweiten Epoche sam-

melt sich das Judentum in ihm zu der sittlichen Forderung, Gott mitzuhelfen an der Vervollkommnung der Welt („Tycho Brahes Weg zu Gott“, 1916; „Eine Königin Esther“; „Das gelobte Land“; „Das große Wagnis“). Die dritte Epoche ist deutlich gekennzeichnet durch die Problematik des Sittlich-Guten. Schon in früheren Werken, besonders in „Elue Königin Esther“ angedeutet, tritt die Frage nach der sittlichen Notwendigkeit und dem lebensfördernden Wert des Bösen hervor („Franzi“, 1922; „Klarissas halbes Herz“, 1923; „Leben mit einer Göttin“; „Reubeni, Fürst der Juden“, 1925).

Brod ist Vertiefung des Verständnisses für die menschliche Bedeutung der jüdischen Lebenserfassung zu danken. Sein Hauptwerk in dieser Beziehung ist das zwischen der zweiten und dritten Epoche entstandene zweibändige Bekenntnisbuch: „Heidentum, Christentum, Judentum“ (2. Auflage 1922). Außerdem sind hier zu erwähnen die glänzenden Essay-Sammlungen: „Sozialismus im Zionismus“ und „Im Kampf ums Judentum“ (beide 1920). Ein streng philosophisches Werk „Anschauung und Begriff“ (gemeinsam mit Felix Weltsch) erschien 1913. Viel Interesse bei Publikum und Kritik fand der vor wenigen Monaten erschienene Roman von Max Brod „Die Frau, die nicht enttäuscht“.

Frage an Dr. Will:

Sind Rindviecher Arier?

Die gleichgeschaltete „Nürnberger Zeitung“ berichtet über einen hochinteressanten Vortrag, den ein Dr. Will bei der Ortsgruppe Nürnberg-Wöhrd der NSDAP hielt. Der Redner hatte sich ein Thema gewählt, das, wie die Zeitung schreibt, „für jeden deutschen Menschen ungeheuer wichtig“ ist. Das Thema lautete: „Die Aufwertung des nordischen Blutes durch das Rindviech.“

Dieser Herr Dr. Will, der sein und seiner deutschen Volksgenossen Blut durch Rindviecher aufzuordnen will, hat zweifellos das Richtige getroffen. Er scheint dabei sein eigenes Versuchskaninchen gewesen und den künftigen deutschen Vollrindviechern mit gutem Beispiel vorangegangen zu sein. Ihm sind die Volksgenossen noch nicht große Rindviecher genug, sie müssen deshalb aufgewertet werden.

Unter besonders großem Beifall führte der Dr. Will dann ganz tolle Seitenhiebe gegen die Juden. So erklärte er, daß „die Juden die Pockenschutzimpfung nur erfunden haben, weil sie damit die Erbmasse, den Sitz der Rasseigenschaften, zerstören wollen.“ So seit „die Pockenschutzimpfung der erste gezielte Großangriff des Juden gegen die Erbgesundheit.“ Eine vollkommen erschöpfende Antwort auf die Frage, ob nun die Rindviecher Arier oder die Arier Rindviecher sind, ist Herr Dr. Will allerdings schuldig geblieben.

Sorgen des Treuhänders

Wie grüßt der Jud? Wie grüßt der Christ?

Der Treuhänder der Arbeit für Berlin, Herr Engel, hat — das muß man schon sagen, — seine Sorgen. Neulich hat er sich in einer Sportpalastrede mit der Frage beschäftigt, wie in den Betrieben die Arier und die Juden einander zu grüßen haben. Der deutsche Edelgruß „Heil Hitler“ wird nämlich entweiht, wenn er an einen jüdischen Paria gerichtet

wird oder gar von seinen Lippen kommt. Also grüßen sich nur die arischen Betriebsangehörigen mit „Heil Hitler!“ Zu den jüdischen aber sagt man „Guten Morgen!“ oder „Guten Tag!“ oder sonst etwas ähnliches, was man in vernünftigen Zeiten zu allen vernünftigen Menschen zu sagen pflegte. — Ein diesbezüglicher Erlaß ist in Vorbereitung.

Das alles ist, wie man bemerkt, furchtbar wichtig und interessant. Aber noch interessanter wäre es zu erfahren, wie die Berliner Arbeiter über die Sorgen des Herrn Engel denken. Diese Berliner Arbeiter, schnoddrig, kaltschnäuzig, überkritisch, stets bereit, an allem und jedem ihren scharfen Witz zu üben — diese Berliner Arbeiter waren zu Tausenden im Sportpalast versammelt, hörten sich die Redereien von Engel an und schwiegen! Hat der Wundertäter Adolf Hitler wirklich das Wunder vollbracht, sie so zu verwandeln, daß sie sich für ihre Lohnlöhnten nicht mehr interessieren, dafür aber für die Grußformen, die zwischen Juden und Christen angewendet werden?

Nein, das kann keiner glauben, der die Berliner Arbeiter kennt! Sie werden für den Blödsinn, den man an ihnen und mit ihnen verübt, Rache nehmen. Unsterblich bleibt der Berliner Witz!

Hitleers Auspuff

Eine Anzeige aus „Motor und Sport“ Nr. 15:

Die deutsche Auspuff-Sirene . . . schafft freie Bahn.

Die deutsche Motorrad-Fanfane! Das deutsche Ansaughorn! . . . Erhältlich in den Werkstätten usw.

Der deutsche Auspuff, Marke Fanfare, verstäerkt leider die ganze europäische Atmosphäre und schafft „freie Bahn“ für die — Rüstungsindustrie!

Die Kette

Wir gehn ohne Ende von Hand zu Hand, zerknittert, zerdrückt und zerlesen. Wir schüren die heimlichen Brände im Land, wir kleben an rissiger Mauerwand und werden gelesen, gelesen.

Wir sind die Lunten am Dynamit, rotglühende, schwelende Funken. Wir sind die Kette und sind der Kitt. Die Zögernden, Lauen, die reißen wir mit und stopfen das Maul allen Unken.

Nimm uns Genosse und du Kamerad und klebe uns hin an die Ecke. Du bist eine Speiche im rollenden Rad, die Brücke zum Ufer, ein roter Soldat, du bist ein Glied unserer Kette.

Kurt Doherer.

Fey - ganz groß

In der „Weltwoche“ wird der Major Fey, Führer der österreichischen Heimwehren, geschildert, wie man eben Wiener Prominente zu schildern pflegt, seien sie nun vom Film oder von der Politik. „Er ist schön, er ist unerbittlich“, hat eine französische Journalistin, der er es offenbar angetan hat, von der Politik. „Er ist schön, er ist unerbittlich“, hat eine richterstatters: „Er stößt den Rauch aus — nur einmal — besinnt sich dann einen Augenblick, blickt im Kreise um sich (wie der Vater aus dem Struwelpeter) und beginnt zu reden . . . er hat das blasse Gesicht eines Intellektuellen, die breiten Schultern eines Mannes der Tat und riesige, immer unruhige Augen. Ich denke mir, während ich zuhöre, für eine Frau, für jede Frau müße es ein Sieg sein, diesen Blick einen Augenblick auf sich lenken zu können. — (Leider erfahren wir nicht, ob es gelungen ist.) — Fey ist der geborene Redner. Wenn er auch sehr gut spricht, so hat man doch das Gefühl, er mache eine Konzession. Er denkt an etwas anderes. — (Ein untrügliches Zeichen für den geborenen Redner.) — Selten sieht man einen so intelligenten Kopf auf einer Uniform. Er bringt die schmalen Lippen beim Reden kaum auseinander — (woher es wohl kommt, daß ihm viele nicht so recht verstehen) — . . . Plötzlich beginnt er sich zu beleben . . . Er findet Gesten, nimmt eine Zigarette aus einem silbernen Etui — (schon wieder, das kennen wir doch schon vom Film) — steckt es in die Tasche zurück — (eine Beobachtungsgabe!) — halt die Fäuste, streckt seinen Arm, öffnet seinen Mund ganz groß und läßt die Worte vibrieren.“ — Kein Wunder, daß ihm niemand widerstehen kann — sagt die „Basler Nationalzeitung“ dazu.

Der Aether - nicht total

V. E. 301

Der neue Volksempfänger, dessen Herstellung und Massenvertrieb auf die Initiative des Propagandaministeriums zurückgeht, sollte die Isolierung des deutschen Volkes vervollständigen, die Empfangsmöglichkeit ausländischer Sendestationen ausschließen. Amtliebhaber und Parteidruck wird angeboten, um die Verdrängung der größeren Empfangsapparate durch den V. E. 301 zu erreichen. Das ist weitgehend gelungen. Gründlich mißlungen ist aber die Absicht, die deutsche Hörschaft mit Hilfe des V. E. 301 auf den deutschen Aether zu beschränken. Aus dem Radiomaulkorb V. E. 301 ist durch wenige Handgriffe und ohne Kosten ein Empfangsapparat zu machen, der einen einwandfreien Empfang der Sender Prag, Straßburg, Luxemburg und sogar Moskau ermöglicht. In allen Teilen Deutschlands wird Göbbels V. E. 301 von seinen Besitzern umgebastelt und zum Empfang ausländischer Stationen benutzt. Im Aether hört die faschistische Totalität auf.

Marsch! Marsch!

Inflation in Marschen

Die führende deutsche Musikerzeitschrift „Musik“ in Berlin kann voll Stolz die aufregende Tatsache verkünden, daß in einem einzigen Jahr nicht weniger als 178 neue Märsche komponiert wurden. Das ist fürwahr eine „rettende Tat“. Der deutsche Rundfunkhörer vernimmt diese Neuigkeit mit Grausen. Er hört schon seit einem Jahr auf allen deutschen Sendern nichts anderes als Marschmusik. (Im Ausland stellt schon lange niemand mehr deutsche Stationen ein.) Der neudeutsche Musikgeist kann sich anscheinend nur im Marschtempo austoben. Wenn das der vielgefeierte Richard Wagner erlebt hätte! Aber verwunderlich ist die Sache nicht. Die „genialen“ deutschen Komponisten hören ja nichts anderes als: „Ohne Trüß marsch!“, „Auf, marsch, marsch!“ und „Zurück, marsch, marsch!“

Zeit-Notizen

Die braunen Prominenten

Göring hat folgende Künstler der Berliner Staatstheater zu „preußischen Kammersängern“ bzw. „preußischen Schauspielern“ ernannt: Heinrich Schlusnus, Rudolf Bockelmann, Jaro Prohaska, Helge Roswänge, Marcel Wittrisch, Frieda Leider, Maria Müller, Margarete Klose, Käthe Heidersbach, Gustav Gründgens, Werner Kraus, Friedrich Kayßler, Lothar Mithel, Maria Koppenhöfer, Emmi Sonnemann. Mit dieser Ernennung ist eine langfristige Bindung an die Berliner Staatsbühnen und ein Ehrensold verbunden . . .

National unverlässige Universitäten?

Der Führer des Kreises Berlin der Deutschen Studentenschaft, Freudenberg, teilt mit, daß im kommenden Semester 5000 Studenten aus der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität herausgezogen und den ostdeutschen Universitäten Breslau und Königsberg überwiesen werden.

Die Trüffelschnitte

Als ich heute die kleine Konditorei betrat, um etwas Buttergebäck zum Abendtee zu besorgen, verließ den Laden gerade ein junger magerer Mensch, ohne Mantel trotz der Kälte, der offenbar eben ein längeres Gespräch mit dem Verkäufer beendet hatte. In dem weißbelleideten Konditorjüngling schien das eben Gehörte noch nachzuschwingen, denn während er mein Gebäck abwog und mit geübtem Nachdruck ein Plätzchen nach dem anderen in die Tüte schleuderte, um die Waage zum Nachgeben zu bringen, schüttelte er mitteilvoll das blondgelockte Haupt.

„Das ist ein Glend“, seufzte er, „vierzig Pfennige verdient der Mann in der Stunde als Malergeselle, und auch das nur drei Tage in der Woche.“

„Dann hat er also gerade eine Mark vierzig zum Leben am Tag“, gab ich verständnisvoll zu bedenken, „wenig genug für Wohnung, Kleidung und Essen.“

„Ja, ja“, nickte der Pojige betrübt, „aber —“ und dabei ging ein hoffnungsvolles Nicken über sein pikarles Gesicht, „trotzdem kauft er sich jeden Abend eine Trüffelschnitte für zwanzig Pfennig. Jeden Abend um halb sieben. Er geht sonst nirgends hin, in kein Kino, kein Theater, aber seine Trüffelschnitte muß er haben.“

Der Pojige schien bereit, je nach Wunsch das Verzeihlich zu finden oder mit mir in moralische Entrüstung auszubringen. Aber ich entäußerte ihn, ich äußerte nur ein unheimbares „So, so“, zahlte und ging — einigermaßen nachdenklich. Ich überlegte: — da war also ein junger Mensch, der rund ein Siebentel seines Einkommens für „Schleckerereien“ verausgabte, wie der Moralist mit deutlicher Mißbilligung äußern würde. Für zwanzig Pfennig könnte er sich täglich ein Pfund Brot kaufen, zweifellos, und bei einem Monatslohn von achtundzwanzig Mark vierzig blieb vermuthlich nicht mehr als diese zwanzig Pfennig für das Abendbrot übrig, das er offenbar eben durch jene Trüffelschnitte ersetzte. Ein merkwürdiger Aspekt des Luxus also, bereit, sich Entbehrungen aufzuerlegen, um das unsinnige, aber vielleicht von Kindheit an gehegte Verlangen nach jener Trüffelschnitte befriedigen zu können, die für ihn das Symbol des Wohllebens und des unbefümmerten Lebensgenusses war. Wie heißt es in der Bibel? Der Mensch lebt nicht vom Brot allein! Allerdings ist dort nicht gerade an Trüffelschnitte gedacht, sondern an geistigere Güter. Aber trotzdem, auch diese Trüffelschnitte ist eine Art ideellen Gutes, eine Art Verheißung, der Abglanz einer besseren Welt, und

diese schon fast symbolische Trüffelschnitte gibt dem jungen Menschen Kraft und Mut, das graue Glend seines Alltags zu ertragen. Vielleicht ist er sie übrigens nicht einmal selber, sondern bringt sie seinem Mädchen als Liebesgabe mit, aber auch das änderte nichts, auch so gibt er sein Geld für eine Süßigkeit aus. Mögen die Sozialpolitiker und Nationalökonomien sagen was sie wollen, nichts ist so notwendig wie das Ueberflüssige. Und jeder Mensch braucht seine Trüffelschnitte notwendiger als das liebe Brot, ganz gleich welche Gestalt nun diese Trüffelschnitte annimmt. Und wer noch den unbefümmerten Heroismus aufbringt, sich diese Trüffelschnitte zu leisten, obwohl oder gerade weil er sie sich nicht leisten kann, der ist noch nicht ganz verarmt, auch wenn er Hunger leidet. Die großen Fürsten und Herren früherer Zeiten haben das besser gewußt und verstanden als wir. Sie waren unbedenkliche, aber praktische Psychologen. Sie ließen ihre Untertanen vielleicht in Hunger und Glend verkommen, um sich für die erpreßten Groschen der Armen ein Lustschloß zu bauen oder unerhörte Feste zu feiern, aber dafür gaben sie den armen Teufeln ab und zu die Trüffelschnitte in ungeheurer Dimension, ein mächtiges Schlaraffenland mit Säusen und Freßen, wo ganze Oshen am Spiel für jeden Hungerigen bereit waren und Wein in Strömen aus den Brunnen floß, genug, um ein ganzes Jahr des Glends vergessen zu machen. Wie dürftig und phantasielos wirkt dagegen das soziale Unrecht von heute in der kümmerlichen Masse ernster Sorge um das allgemeine Wohl. Wenn man schon gewissenlos genug ist, nicht für das tägliche Brot zu sorgen, sollte man wenigstens die Trüffelschnitte nicht vergessen.

Uebrigens bin ich natürlich auch durchaus Ihrer Meinung, Herr Generaldirektor, daß die Löhne der Arbeiter noch immer viel zu hoch sind. Die Leute treiben einen verantwortlichen Luxus, kaufen sich Trüffelschnitte, während die Wirtschaft an den übersteigerten Löhnen zugrunde geht und auf die Großmut des Staates angewiesen ist. Unerhört, unerhört sowas!

Aber, wie ich mit Erkaunen sehe, bin ich — sehr gegen meine Absicht — im besten Zuge, hier eine Apologie für Hitler zu liefern. Nur daß dessen „Trüffelschnitte“ loszusagen jedes materiellen Nährwertes entbehrt. Oder sollten doch schon Feuerwerke — pyrotechnische und rhetorische —, verbunden mit Auf- und Fackelzügen, Paraden und Demonstrationen den Hungerigen genügen? Clerc.

Hunger im Salpetergebiet

In Chile hungert ein Großteil der Bevölkerung. Nach der großen Revolution vor etwa zwei Jahren ist das Land noch immer nicht zur Beruhigung gekommen. Aber seine Revolution kann einem Land Brot bringen, dessen einziger Reichtum der Salpeter ist.

Das Salpetergebiet Chiles, das die einzigen abbaubaren Salpeterlager der Welt aufweist, umfaßt eine Fläche, die etwa 800 Kilometer lang und stellenweise bis zu 50 Kilometer breit ist. Diese Zone, die der Chilene Pampa nennt, liegt zum größten Teil auf den Hängen der mittleren Anden in einer Höhe von 100 bis 2000 Meter über dem Meere, aber auch selbst in Höhen von 4000 Meter wird noch Salpeter gefunden. Als Entdecker der Salpeterlager Chiles gilt der Naturforscher Thadäus Hänen, der in Bolivien angesetzt war und 1809 nach eigenen Plänen die erste Salpeterschieber errichtete. Aber erst um 1830 hat man den Natronsalpeter als ganz vorzügliches Düngemittel erkannt, das seither in riesigen Mengen nach Europa verschifft wird. In den jetzt bestehenden 100 Fabriken, die rund 65.000 Arbeiter beschäftigen, steckt ein Kapital von annähernd 500 Millionen Dollar; die Jahresproduktion bewegte sich um 3.000.000 Tonnen.

Es ist ganz natürlich, daß die Weltwirtschaftskrise mit der sinkenden Kaufkraft der Völker auch auf den Geschäftsgang der Salpeterindustrie ungünstig einwirkt. Sie trägt aber keineswegs die Hauptschuld an jener Krise, die augenblicklich ganz Chile erschüttert. Eine andere, weit ernüchternde Ursache ist die Entdeckung des Verfahrens zur Herstellung von künstlichem Stickstoff aus der Luft, durch die dem Chile-salpeter eine gefährliche Konkurrenz erwachsen ist. Nicht weniger bedeutsam für die revolutionäre Stimmung des Landes ist aber auch die Tatsache, daß die Methoden der Gewinnung und Verarbeitung des Salpeters in den letzten Jahren immer weiter verbessert worden sind: diese Verbesserungen laufen nämlich letzten Endes auf eine immer stärkere Mechanisierung der Arbeit hinaus. Der auf die Straße geworfene Arbeiter ist plötzlich überflüssig geworden im Wirtschaftsleben und rebelliert...

M.F.P.

Mit sechs Unzen um ein Mädchen

London, 22. April. In North Shields in England wurde der Kampf zweier Boxer um die Gunst eines Mädchens nach allen Regeln des Kampfes im Ring entschieden. Zwei Maithefer, Joe Nichols und Emanuel Phillips, beschlossen, die Konkurrenz um ein von beiden geliebtes Mädchen ein für allemal durch sportliche Entscheidung aus der Welt zu schaffen. Mit sechs Unzen Handschuhen und harten Bandagen trugen sie diesen Kampf um ihr ferneres Leben aus, während das Streitobjekt mit liebenden Augen im Zuschauerraum saß und interessiert den Kampf verfolgte. Die Polizei machte zuerst Einwände, aber der Manager versicherte den Beamten, daß behördlicherseits kein Grund zum Einschreiten vorlag. Als die beiden Rivalen den Ring betraten, sah man, daß Emanuel den kleinen Joe um Haupteslänge überragte. Und das Glück schien sich auch zu Anfang dem Mann mit der langen Reichweite zuzuwenden. Doch der kleine Joe konnte sich im Laufe des Kampfes durchsetzen und den Längen nach Punkten besiegen. Emanuel Phillips nahm die Entscheidung an und wird Trauzeuge bei dem jungen Ehepaar sein.

M.F.P.

Eine Frau schlägt Jack Dempsey K. o.

Die große Krise hat auch das Vermögen des ehemaligen Weltmeisters Jack Dempsey schwinden lassen. Er mußte sich wieder bequemen, in den Ring zu steigen, und da er nicht mehr der jüngste ist, kann er auch nicht mehr gegen die großen Kanonen antreten. Der Ex-Champion der Welt muß 'rad sein, in irgendwelchen mittleren und kleinen Städten Amerikas, bei kleinen Börsen, mäßigen Partnern gegenübergestellt zu werden. Jetzt stand er in Alexandria, einer kleinen Stadt im Norden der Vereinigten Staaten, dem Boxer Plumer gegenüber. Der Schiedsrichter war nicht energisch genug, um darauf zu achten, daß dieser Kampf in aller Fairness geführt wurde. Plumer gelang es, den Ex-Champion in der sechsten Runde für kurze Zeit zu Boden zu bringen, aber diese Zeit nützte er aus, um dem Gegner einige Ausritte zu verabsichtigen. Dempsey sprang auf, ein Wort gab das andere, der alte-müde Kämpfer wurde wieder zum Pöbel und mit ein paar wohlgezielten upper-cuts war der Abend für Plumer beendet. Nicht aber für seine Frau, die am Ring saß. Ohne daß es jemand verhindern konnte, sprang sie in den Ring und ging wie eine Furie auf Jack Dempsey los, zerriß ihm das Trikot, rautte ihm die Haare und der große Jack konnte nichts anderes tun, als ins Publikum zu flüchten, um der wütenden Amazone zu entgehen. Nun drohte der Kampf zwischen dem Schiedsrichter und der Gattin des Horrors Plumer weiterzutoben, aber diesem Welt weniger kräftigen Mann gelang es schließlich, die Dame aus dem Ring zu heben und Jack Dempsey unter dem Heulen der Zuschauermenge zum Sieger zu erklären.

Gehirnoperation mit Kurzwellen

Auffecherregende Versuche in Wien

Im Wiener Psychologischen Institut berichtete Professor Scheminits dieser Tage von Ansichten erregenden Versuchen, die er seit einiger Zeit an Tieren vornimmt, um die Wirkung von Kurzwellen auf das Gehirn festzustellen. Besonders interessant waren seine Demonstrationen an einem lebenden Fuh.

Läßt man durch das Gehirn des Fuhns Kurzwellenströme hindurchgehen, so wird die Tätigkeit dieses Organs sofort aufgeschaltet, als ob es durch einen Eingriff entfernt worden wäre. Es handelt sich hier also um eine Operation ohne Messer, ohne Blutverlust und ohne Wunde. In dem Augenblick, als das unsichtbare Instrument in Wirksamkeit tritt, verliert das Versuchstier jedes Bewußtsein. Es bleibt regungslos, wie versteinert, stehen, seine Willensimpulse sind ausgeschaltet und es reagiert nur noch durch unwillkürliche Reflexbewegungen.

Man kann dem Fuh mit dem „weggezauberten“ Gehirn das schmachhafteste Futter vorsetzen: es macht keine Miene, auch nur ein Körnchen aufzuspielen. Man muß es künstlich füttern und tränken. Merkwürdig ist sein Verhalten, wenn man es auf den Rücken legt. Dann meldet sich reflexartig das gestörte Gleichgewicht. Das Tier ist sofort wieder auf den Beinen und — verharnt weiter, regungslos in dieser Stellung.

Marconis „elektrisches Messer“

In Chelmsford wurde vor einer Gesellschaft von Ärzten und Gelehrten ein neuartiges Instrument vorgeführt, das von Marconi und seinen Mitarbeitern zu chirurgischen Zwecken konstruiert wurde, und das unblutige Operationen mit Hilfe von Kurzwellen ermöglicht. Dieses „elektrische

Messer“ ist eigentlich ein Stäbchen ohne Schneide, das mit einer Kurzwellen-Apparatur verbunden ist. Wird es zum Beispiel an ein Stück Fleisch herangeführt, das auf einer Metallplatte ruht, und der Stromkreis geschlossen, so kann man mit virtuöser Sicherheit das Fleisch entzweischneiden. Eine glatte, trockene Schnittfläche bleibt zurück, kein Tropfen Blut geht verloren.

Wenn auch die Erfindung im Prinzip nicht neu ist, so wurde sie doch von Marconi zu einer bisher ungekannten Vollkommenheit entwickelt. Das Geheimnis ihrer Wirksamkeit besteht darin, daß der Zanderstab eine mit Hochspannungsstrom geladene Elektrode darstellt. Beim Schließen des Stromkreises entwickelt sich eine solche Hitze, daß die Zellen, die sie berührt, radikal getötet werden. Die Blutgefäße ziehen sich unter der Einwirkung des Stabes zusammen und werden gewissermaßen verriegelt. Ein besonderer Wert dieses Verfahrens liegt darin, daß nach der Operation an der amputierten Stelle keine lebenden Zellen zurückbleiben, die den Verlauf der Heilung gefährden könnten. Geschwüre, Wucherungen usw. können vom Arzt mit dem „elektrischen Messer“ entfernt werden, ohne daß die Gefahr einer Infektion eintreten kann.

Der „Fluhtöter“

Außer dieser Erfindung ist Marconi vor kurzem noch mit einem anderen Heilapparat vor die Öffentlichkeit getreten. Er beruht auf dem Prinzip, daß man mit Hilfe von Ultra-Kurzwellen im Körper künstliches Fieber erzeugen kann. Marconis „Fluhtöter“, wie ihn die englischen Ärzte in humoristischer Weise nennen, soll imstande sein, Bazillen im kranken Organismus abzutöten. Der Apparat wird gegenwärtig in einer Reihe von Kliniken erprobt.

Ein unfreiwilliger Fakir

Zwei Operationsnadeln 23 Jahre im Körper

Vor dem Zivilandgerichte in Wien ist seit fünf Jahren ein Prozeß anhängig, den der Vertreter Alfred Volkrath gegen den Krankenanstaltionsfonds angestrengt hat. Dieser Prozeß, der bereits alle Instanzen durchlaufen hat, muß jetzt neuerlich in erster Instanz durchgeführt werden, ohne daß es wohl gelingen wird, die Frage zu lösen, wie ein Mensch 23 Jahre lang mit zwei spitzen Nadeln im Leib zu leben vermag.

Volkrath wurde 1910 in einem Wiener Krankenhaus einer Blinddarmpoperation unterzogen und fühlte von diesem Zeitpunkt ab immer wieder Beschwerden, ohne daß es gelingen wäre, die Ursache dieses Übels festzustellen. Erst eine im Jahre 1929, also nach 19 Jahren, durchgeführte Röntgenuntersuchung brachte das überraschende Ergebnis, daß Volkrath in seinem Körper eine einen Zentimeter und eine zwei Zentimeter lange Operationsnadel beherbergt.

Volkrath behauptete nun, daß diese beiden Nadeln aus Unachtsamkeit bei der seinerzeitigen Operation in seinen Körper gelangt waren und begehrt 5000 Schilling (5000 Pfund) Schmerzensgeld, 5000 Schilling Verdienstentgang und eine monatliche Rente von 150 Schilling (150 Pfund). Der Kläger will in den letzten Jahren durch die verursachten Beschwerden außerstande gewesen sein, seinem Vertreterberuf, der ihn ständig auf den Beinen hält, nachzukommen.

Die besagten Krankenanstalten bestritten jede Schuld und gaben sogar der Meinung Ausdruck, daß der Kläger die Nadeln verschluckt haben müßte. In den ersten Instanzen wurde dann auch die Klage abgewiesen, erst der Oberste Gerichtshof ordnete eine nochmalige Durchsührung des Röntgenverfahrens an. In dieser Revisionsverhandlung erklärte der medizinische Sachverständige Prof. Dr. Stejskal, daß die Nadeln wohl bei der Operation in den Körper des Patienten

gelangt sein müssen, daß jedoch die behaupteten Beschwerden nur zum Teil auf diese Fremdkörper zurückzuführen werden könnten. Der Prozeß wurde weiter vertagt.

Inzwischen hat sich Volkrath entschlossen, zum Zwecke der Entfernung der Nadeln eine neuerliche Operation vornehmen zu lassen.

Flaschenammlung zu versteigern

„Menschen gibt's, die sich verkrummeln hinter eigenartigen Schätzen, und die nichts als Flaschen sammeln, die sie auf Regale legen.“ — In Paris wird jetzt eine der komischsten Sammlungen der Welt, eine Sammlung von Gläsern und Flaschen zur Versteigerung kommen. Es wird wohl kaum jemand wissen, welche seltsamen Formen Flaschen haben können. Bei der Vorbereitungen konnte man neben kostbaren Kristallflaschen vor allem Monarchenbüsten, Frauenporträts und Denkmäler bewundern. Recht sinnig ist bei den meisten Büsten, daß die Köpfe als Pfropfen gedacht sind und abnehmbar sind. Bei Napoleon kann man aus dem Hut trinken, bei Julius Cäsar hingegen dient der hohle Kopf als Glas und der übrige Körper als Flasche. Das seltsamste aber ist, daß der Auktionator auf hohe Preise hofft, da viele dieser Flaschen einmalig sein sollen.

Die Nation

Und was dabei Mache ist . . .

Man schreibt uns:

Die österreichische Presse berichtet, daß Frau Sabini, die Gattin des früheren nationalsozialistischen Landesinspektors für Österreich, in Wien, seinem feinerzeitigen Amtssitz, weite, um die endgültige Ueberführung ins Deutsche Reich durchzuführen. Wie viele Wochen ist es her, daß er Döllfuß das Ultimatum gestellt hat, nach dessen Ablauf der Endkampf mit voller Wucht wieder aufgenommen werden sollte! Und nun — lang- und klinglos, wie ein geprägelter Hund, hat sich das „dritte Reich“ vor dem derzeit noch besser gerüsteten römischen Besinnungsgrund zurückgezogen. Wie sie die Danksprüche den vormaligen „polnischen Schweinen“ für 10 Jahre geopfert haben, wie Hitler feierlich wiederholt auf Elßah Fortführung verzichtet, wie er schon vor vielen Jahren Deutsch-Sadriol preisgegeben hat, so zieht er sich nun gefesselt hinter dem österreichischen „Bruderstamm“ zurück, dessen Wiedergewinnung eine Zeitlang sein heiligstes Ziel sein sollte, dem ein nicht enden wollender Kärm in der Mamelukenpresse wie im amtlichen Kundstuf gewöhnlich war.

Nun ist alles totentst. In allen Wipfeln törtst du kaum einen Hauch. Was will das besagen? Nun nichts anderes, als daß alle diese nationale Mache, all das hühnerische Gesäcker, das je nach Bedarf heilige Begeisterung, tiefe Kummer, unvertüßbare Kampfeslust, schmerzliche Widerstand und die Verteidigung dieses Reiches vom braunen Terror freien Reichsgebiets zur heiligen Pflicht macht. Seitdem die Anwendung aller Raffinesse, aller Verdächtigungen, aller Einschüchterungsmittel, Millionen über Millionen hat das bankrotte Reich übrig, um Menschen zu kaufen, Zeitungen zu bestechen, Propagandareisen und Feste jeder Art zu veranstalten. Laßt den Goldstrom für einen Monat versiegen, nehmt für eine Woche die lähmende Angst vor den verbrecherischen Gewalttaten des „dritten Reiches“ weg — und der Spul wird im Winde wie Frühlingsnebel verflattern.

Seit Jahren ist das Saargebiet die Stätte der gleichen gefälligen nationalem Begeisterung. Was 14 Jahre selbstverständliche Ueberzeugung jedes Saarländers gewesen war: die einheitliche deutsche Bestimmung und der Wille zur deutschen Volksgemeinschaft, das wurde zerrissen durch die Einsetzung der verbrecherischen Bandenherrenschaft im Reich, die jedem Ostdeutschen scharfen Widerstand und die Verteidigung dieses Reiches vom braunen Terror freien Reichsgebiets zur heiligen Pflicht macht. Seitdem die Anwendung aller Raffinesse, aller Verdächtigungen, aller Einschüchterungsmittel, Millionen über Millionen hat das bankrotte Reich übrig, um Menschen zu kaufen, Zeitungen zu bestechen, Propagandareisen und Feste jeder Art zu veranstalten. Laßt den Goldstrom für einen Monat versiegen, nehmt für eine Woche die lähmende Angst vor den verbrecherischen Gewalttaten des „dritten Reiches“ weg — und der Spul wird im Winde wie Frühlingsnebel verflattern.

Zwei Stunden von dem von nationalsozialistischem Ueberwahn kochenden bürgerlichen Saarbrücken liegt die heilige deutsche Stadt Forbach im französischen Vorbringen. Wer merkt dort, wo wirklich die fremde Sprache regiert, auch nur etwas von nationalem Widerstand?

In einer Baseler Zeitung lesen wir den Bericht von der Studienreise einer Volkshochschule ins Wallis, das in seinem oberen Teil deutsche, im unteren französische Bevölkerung hat. Die bürgerliche Zeitung dieser outdeutschen Schweiz erzählt die verschiedensten interessanten Dinge von der Reise — aber nicht ein Wortchen von der nationalen Gliederung des Walliser Volkes. Kein feuriges Bekenntnis zur eigenen Nation, keine Gefährlichkeit gegen die andere — die nationalen Unterschiede sind da wie andere, werden geachtet, geben aber keinen Anlaß zur Debe und zum Streit.

O, man brauchte nur ein paar Duzend tolle Schreiber und Schwäber dahin zu schicken. Millionen springen zu lassen, zu versprechen und zu drohen, Aufmärsche zu veranstalten, Uniformen einzuführen, zu heben und zu terrorisieren — im Handumdrehen wäre eine lobende nationale Begeisterung bei zahllosen Gedankenlosen, wäre die schönste Verbeugung der Nationalitäten im Gange.

Mache, gewissenlose und verderbliche Mache der ganze wilde Nationalismus! Mache zur Verbedung dunkler Bestechungen,

Die österreichischen Freiheitskämpfer

Schweigen um ihre Prozesse

(P. G.) In Österreich finden jetzt täglich Prozesse gegen Sozialisten statt, die wegen ihrer Teilnahme an den Freiheitskämpfen der Februartage vor Gericht gestellt werden. Die Strafen, die die Gerichte verhängen, sind im allgemeinen nicht besonders hart — aber niemand erfährt, wofür diese Strafen verhängt werden oder auch nur, welcher strafbaren Handlung die Verurteilten angeklagt waren. Die österreichische Regierung hat nämlich den Zeitungen verboten, andere als die offiziellen Berichte über diese Verhandlungen zu veröffentlichen; und die amtlichen Prozessberichte enthalten kaum mehr als die Namen der Angeklagten und das Datum der über sie verhängten Strafen. Auf diese Weise, die durchaus zu den schmutzigen Methoden des österreichischen Faschismus paßt, wird die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens — eine der grundlegenden Garantien jeder zivilisierten Rechtspflege — praktisch aufgehoben, ohne daß die Bestimmungen der österreichischen Gesetze, die die Öffentlichkeit der Verhandlung vorschreiben, dem Buchstaben nach verletzt werden. Und auf diese Weise verleiht Herr Döllfuß auch zu verhindern, daß das mannhafte Eintreten der meisten Angeklagten für ihre Taten, ihr mutiges Bekenntnis zum Sozialismus vor den Schwanken des faschistischen Gerichts der Öffentlichkeit bekannt werde: die tapferen Worte, die jetzt in Wien von vielen unbekanntem Soldaten des Sozialismus im Gerichtssaal gesprochen werden, — diese Worte fürchtet der Döllfuß-Faschismus!

Die Lage der Gefangenen in den Döllfuß-Kerkern

(P. G.) Die Zahl der in Österreich in Haft befindlichen Sozialdemokraten ist amtlich niemals bekannt gegeben worden; selbst den offiziellen Anwaltskammern wurden bisher die Namenslisten der Verhafteten verweigert. Ihre Gesamtzahl beträgt noch immer rund hunderttausend; sie schwankt, denn es finden sowohl einzelne Entlassungen als auch neue Verhaftungen statt.

Die politischen Gefangenen gliedern sich in vier Hauptgruppen:

1. Die unmittelbaren Teilnehmer an den Februarkämpfen und die leitenden Personen des Schutzbundes. Sie befinden sich in gerichtlicher Haft; gegen sie wird die Untersuchung wegen des Verbrechens des Aufruhrs bzw. der Vorbereitung zum Aufruhr geführt. Hierher gehören auch jene Personen, die zwar nicht an den Kämpfen teilgenommen, aber Waffen aufbewahrt oder von Waffenverstecken gewußt haben.

In diesem Zusammenhang verdient erwähnt zu werden, daß der Bundeskanzler Döllfuß während der Kampftage in einer Rede, die am Abend des 14. Februar verbreitet wurde, einen Generalpardon für alle jene angekündigt hat, die sich bis zum Mittag des nächsten Tages ergeben. Trotz dieser Ankündigung wurden zahllose Personen, die dem Aufruhr Solange geleistet haben, verhaftet, zum Teil schwer mißhandelt und stehen nun unter Anklage.

2. Die politischen Funktionäre der sozialdemokratischen Partei, insbesondere die Mitglieder des Parteivorstandes. Auch sie befinden sich in gerichtlicher Untersuchungshaft unter Anklage des Hochverrats. An diese Gruppe gehören ferner die Funktionäre der Gewerkschaften und anderer Organisationen, gegen die die Untersuchung wegen „Untrene“ geführt wird, weil sie Gelder der Organisation, aber die sie rechtmäßig verfügt haben, im Ausland gebracht haben, um sie dem Angriff der Faschisten zu entziehen.

3. Die zahlreichste Gruppe bilden jene Personen, die gegen

alles Gesetz in polizeilicher Haft gehalten werden. Gegen einen kleinen Teil von ihnen wird angeblich noch immer eine polizeiliche Untersuchung geführt, die in 8 Wochen nicht abgeschlossen worden ist, obwohl das österreichische Gesetz vorschreibt, daß jeder Verhaftete binnen 48 Stunden dem Untersuchungsrichter beim ordentlichen Gericht zu überstellen ist. Der weitaus überwiegende Teil der in Polizeiliche Haft befindlichen sind aber Personen, gegen die nach den österreichischen Gesetzen keinerlei Anklage erhoben werden kann, ja gegen die nicht einmal eine der durch Verordnung eingeführten Polizeistrafen wegen politischer Uebertretungen verhängt werden konnte. Obwohl also die österreichischen Behörden nicht inthand waren, diesen Personen auch nur den Verdacht einer strafbaren Handlung nachzuweisen, werden sie dennoch in den Polizeigefängnissen gehalten, die dadurch einfach zu Konzentrationslagern geworden sind. Vielfach, namentlich in der Provinz, sind für diesen Zweck auch eigene Polizeiliche bereitgestellt worden.

4. Außerdem befehen mehrere Konzentrationslager — sie heißen in Österreich „Anhaltelager“ — in die in der letzten Zeit Sozialdemokraten in wachsender Zahl eingeliefert werden. Das Bestehen dieser Anhaltelager wird von den österreichischen Regierung zugegeben; ihre Zahl wurde in jüngster Zeit vermehrt. Neu hinzugekommen sind insbesondere die Lager Wessendorf bei Graz, Schmechat bei Wien und Hartland bei St. Pölten. Unter den dort eingelieferten Sozialdemokraten befinden sich vielfach Personen, die in gerichtlicher Untersuchungshaft waren, aber mangelnd jedes strafbaren Tatbestandes vom Gericht aus der Untersuchung entlassen werden mußten; statt sie freizulassen, werden sie nun, ganz wie in Hitlerdeutschland, in Konzentrationslagern gefesselt. Der österreichische Staatssekretär für Sicherheitswesen, Karwinski, hat in einer Rede ausdrücklich und öffentlich erklärt, daß „radikale“ Sozialdemokraten, gegen die kein gerichtlich strafbarer Tatbestand vorliegt, in die Anhaltelager gebracht werden.

Die Behandlung der Gefangenen ist noch immer zu den schwersten Klagen Anlaß. Die Verhafteten der ersten Gruppe — die aktiven Teilnehmer an den Kämpfen — sind nahezu ausnahmslos mißhandelt, vielfach auf das brutaleste geschlagen und schwer verletzt worden. Diese Mißhandlungen wurden insbesondere bei den Polizeiverhören fortgesetzt, um Geständnisse zu erpressen; besonders fürschbar erging es den Verhafteten bei einzelnen Wiener Polizeikommissariaten und in der Wiener Polizeidirektion. Seit der Ueberweisung an die Gerichte haben die Gefangenen in der Regel nicht mehr über Mißhandlungen zu klagen, leiden jedoch sehr unter der entsetzlichen Ueberfüllung der Gefängnisse, der ärmsten Schichten und ungenügenden Kost und den mangelhaften hygienischen Einrichtungen. In Wien des Pinger Landesgerichts, die für 2 Personen bestimmt sind, liegen 8 Häftlinge auf vier Strohlücken; das Badwasser genügt kaum für zwei!

Die Verhafteten der beiden andern Gruppen wurden in der Regel nicht mißhandelt, leiden jedoch gleichfalls unter der Ueberfüllung.

In den Polizeigefängnissen ist der Ueberbesatz am größten, die Kost am schlechtesten. Die Verleumdungen, die normalerweise den Polizeigefängnissen zuteil kommen — Recht des Besuches, des Bücherlesens, der Verköstigung von andwärts — wurden anfangs sehr schickend gehandhabt. Am schwersten wird die Verweigerung des Spazierganges empfunden, die die Lage der Verhafteten in den Polizeigefängnissen unaufrichter macht, als die in den Gerichtgefängnissen oder selbst in den Konzentrationslagern.

betrieben mit allen üblen Mitteln des Eigennubes, der Gefährlichkeit, der Plage.

Laßt klaren Wind durchs Land wehen, daß er die Giftgase vertreibt!

Abonniert die „Deutsche Freiheit“

Der 12. Februar

Julius Deutsch: Der Bürgerkrieg in Österreich. Eine Darstellung von Kämpfen und Augenzeugen. Mit einer Umschlageskizze von Th. Th. Heine und 24 Seiten Illustration. Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad.

Dr. Julius Deutsch, der erste Kriegsdirektor der Republik Österreich, der Gründer und Führer des republikanischen Schutzbundes, hat als geheimes Dokument seine Heimat verlassen, nachdem er solange im Mittelpunkt der widerständlichen Bürgerkriegskämpfe stand. Sein nun vorliegender Bericht ist die erste ausführliche und wissenschaftliche Schilderung der heldenmütigen Kämpfe, die der Schutzbund zur Verteidigung der Verfassung, zum Schutz der angegriffenen Bürger- und Arbeiterrechte geführt hat. Er ist nicht nur ein historisches Dokument von einseitigem Wert, sondern auch ein Leitfaden für den Widerstand jedes Freundes der republikanischen Freiheit. Deutsch beschränkt sich nicht auf die Darstellung der militärischen Ereignisse, er gibt auch ihre politische Vorgeschichte und damit ein großes zusammenfassendes Bild der geschichtlichen Ereignisse in Österreich von ihren Anfängen an bis zum blutigen Ende. Er spricht auch das Bittere aus, indem er zeigt, wie der Schutzbund isoliert gegen eine große Uebermacht kämpfte, weil die gefühlsmäßige Sympathie der Bevölkerung keine praktische Auswirkung fand und im Generalstreik versank. Man lernt die Kämpfenden, aber auch die bestreuten Schutzbündler als wahre Kämpfer kennen, die sich in jeder Lage mit Verheißung als Streiter für Menschentum und Freiheit bekannnten. Ein tragisches, aber auch erbebendes Stück weltgeschichtlichen Klassenkampfes spielt in Wort und Bild mit plastischer Eindringlichkeit an und vorüber. Das „im- und mit-plastischer Form den todesmütigen Verteidigern des roten Wiens kuldiat, ist von Theodor Thomas Deine gezeichnet.

Neue Kampfschriften

Georg Decker: „Revolte und Revolution. Der Weg zur Freiheit.“ Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad.

Professor Dr. Georg Decker, der rühmlichst bekannte marxistische Denker, hat einige Monate seiner Kerkerhaft im „dritten Reich“ benutzt, nicht nur mit besten Augen seine Umgebung zu betrachten, sondern auch die internationalen sozialpsychologischen Untersuchungen anzustellen. Das Ergebnis ist eine Schrift, die bei aller Schwere des bearbeiteten Stoffes doch in jeder Zeile lebendige Kraft wirkt, weil sie aus unmittelbarem Erleben ihren Ursprung ge-

nommen hat. Decker zerlegt das Parademantelchen einer „nationalen Revolution“, mit dem sich die Konturrevolution der Dörfenkreuzler zu schmücken liebte. Er enthüllt sie in wahrhaft klassischer Schilderung als den „Aufstand der Geschlechter“, die für persönliches Mißgeschick und eigenes Versagen das „System“ verantwortlich machen. Auf diese Weise werden die neuesten Klassenkämpfe bis in ihre psychologischen Wurzeln hinein analysiert. Und von da aus gewinnt der Verfasser neue Ausblicke auf den Weg zur Freiheit, der über die Revolte des stillosen Empfindens zur echten Revolution führt: Die Klust zwischen der angeblichen „nationalen Geschlossenheit“ und der realen Wirklichkeit reißt täglich tiefer auf. „Es genügt jetzt nicht, die Voraussetzungen der im heutigen Deutschland schon vorhandenen Unzufriedenheit zu prüfen, es muß der Weg gefunden werden, diese Unzufriedenheit in politische Leidenschaft und einen fanatischen politischen Willen zu verwandeln.“

Der Faschismus und die Intellektuellen. Untergang des deutschen Geistes. Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad.

Faschismus und Geist sind unvereinbare Gegensätze. Wo die freie Forschung vernichtet wird, muß der Intellektuelle verbrennen. Mit Entsetzen werden das jetzt die Intellektuellen des „dritten Reiches“ gewahrt. Ihnen ist eine neue Schrift gewidmet, die bei der Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad, in der Schriftenreihe „Probleme des Sozialismus“ erscheint: „Der Faschismus und die Intellektuellen.“ Untergang des deutschen Geistes. Ein hoher deutscher Intellektueller zeichnet in dieser Schrift das geistseindliche Gesicht des heutigen Deutschland Vernunftleere, Sachwissen und Können werden verachtet, geachtet, verfolgt; die Wissenschaft ist zum Mittel eines belauernden Despotismus geworden; Geschichtsforschung wird durch Hoffnungslosigkeit lähmend entleert und zu reaktionären Staatszwecken umgewandelt; Professoren bizantinieren vor den neuen Machthabern und treten Weisheit und Wahrheit in den Schmutz. Richter und Pfarrer, Künstler und Dichter werden in die Zwangsjacke des Justizapparates gesteckt oder wandern in die Konzentrationslager; Lehrer sind Unteroffiziere geworden. Die Himmelsleiter des Kulturbundes, von der die geistigen Arbeiter träumten, hat sich in eine schmutzige Hintertreppe verwandelt. Denn mit der unumschränkten Macht eines Menschen wachen Willkür und Tyranniel, beginnt der Weltlauf der Niedrigkeit, Feigheit, Ränkesucht und öffentlichen Verleumdungen. Immer tiefer sinkt der Geist in den Schlamm, bis ein Erwachen in Mut und Grauen droht. Nur zu oft hören die Wälder des im Laufe der Geschichte erfahren. Immer wieder aber steigt dennoch der Geist über die rote Gewalt. In diesem Kampf, zu der Erhebung durch die freien, so „dritten Reich“ rufen die Intellektuellen im Namen der Menschheit und ihrer Zukunft auf den Plan.

Das Thema wird in lebendiger, bildhafter Sprache gemalt. Vier spricht ein Jurist, der sich als gewandter, formtreuer, kritischer und ausgezeichneter schriftstellerischer Kämpfer erweist. Möge seine Stimme von vielen gehört, möge sein Wort von vielen weitergegeben werden!

Soeben erschienen:
Revolte und Revolution
Der Weg zur Freiheit Von Georg Decker
Der Verfasser saß im Jahre 1933 monatelang hinter den Mauern deutscher Gefängnisse. Er zerlegt das Parademantelchen einer „nationalen Revolution“ und enthüllt sie als den gescheiterten „Aufstand der Geschlechter“, die für persönliches Mißgeschick und eigenes Versagen das „System“ verantwortlich machen. Georg Decker gewinnt neue Ausblicke auf den Weg zur Freiheit: Die Klust zwischen der angeblichen „nationalen Geschlossenheit“ und der realen Wirklichkeit reißt täglich tiefer auf. „Es genügt jetzt nicht, die Voraussetzungen der im heutigen Deutschland schon vorhandenen Unzufriedenheit zu prüfen, es muß der Weg gefunden werden, diese Unzufriedenheit in politische Leidenschaft und einen fanatischen politischen Willen zu verwandeln“
Preis: in: Belgien 7,50 Fr. / Dänemark 1,40 Kr. / Frankreich 5,50 Fr. / Großbritannien — 1,5 £ / Italien 4 — Lire / Niederlande — 50 Gulden / Oesterreich 1,80 Schilling / Polen 1,85 Zloty / Schweden 1,45 Kronen / Schweiz 1,10 Fr / Tschechoslowakei 7,— tschechische Kronen / USA. — 35 \$
BESTELLUNGEN DURCH JEDE BUCHHANDLUNG
oder direkt an Verlagsanstalt „Graphia“ Karlsbad

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Die Orchester, die in den öffentlichen Gärten von Paris spielen, erhalten für jedes Konzert von der Stadtverwaltung die Summe von 382,95 Franken.

Am Donnerstag, 21. Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Journalisten in der Emigration 2, rue Montpensier statt. Stephan Valot spricht über die „Berechtigung der französischen Journalisten“, ferner wird über „Presserecht im „dritten Reich“ und „Emigrantenpresse“ referiert.

Eine Kundgebung der Sektion Frankreich des Schutzverbandes fordert mit Schärfe und Nachdruck die Freilassung von Carl von Ossietky, Ludwig Renn, Kurt Hiller und allen gefangenen Antifaschisten. Insbesondere möchten wir unsererseits noch an die Tragödie des alternden und mutigen Erich Mühsam erinnern.

Im Grand Palais wird am Freitag der „Salon“, die Frühjahrsausstellung eröffnet.

Zugunsten der griechischen Stiftung der Universitätsstadt und des Cercle François Vilton (der auch eine Anzahl deutscher Künstler betreut) wurde eine Ausstellung von Bildwerken des Museums der Akropolis 2 bis, Villa Guibert (83, rue de la Pompe) vom hellenischen Gesandten eröffnet. Es sind Kunstwerke, die 480 vor unserer Zeitrechnung durch die Perser bei der Eroberung der Akropolis umgeworfen wurden. Es handelt sich um Skulpturen von einzigartiger Schönheit, eine seltene Gelegenheit für nur wenige Tage.

Lotte Schoene und Laurits Melchior wirken als Solisten bei einem außerordentlichen Konzert mit, das M. Théodore Mathieu, der musikalische Leiter des Senders Poste Parisien, am Mittwoch mit seinem Orchester in der salle Pleyel gibt.

Philharmonia

Die nächste Orchesterprobe findet am Donnerstag, dem 26. April, 20.45 Uhr, im Restaurant Dardik, 41, rue Richer (Metro: Cadet oder Montmartre) statt. Dortselbst auch die nächste Chorprobe am Montag, 30. April, 20.45 Uhr. Aktive und passive Mitgliedschaft kann auf einer Probe mündlich oder schriftlich: Philharmonia, 45, avenue du Général Michel Bizot, Paris 12 e, angemeldet werden.

Das Stendhal-Museum

Wie bekannt, wird in Grenoble, der bergigen Heimat von Henri Beyle, der unter dem Namen Stendhal Weltberühmtheit erlangte, demnächst ein Museum des eigenartig empfindsamen Menschen und Schriftstellers eröffnet werden. Die Vorbereitungen zur Sammlung der Erinnerungen des Verfassers von „Rouge et Noire“ sind fast vollendet. In der Heimat des Mannes, der das Verstecken so liebte, daß er nicht nur eine gleichgültige norddeutsche Stadt, die er unter der napoleonischen Besetzung kennen gelernt hatte, zu seiner Patin machte, sondern sogar seinen Grabstein fälschte, steht bereits ein Monument des Dichters, nach dem berühmten Medaillonbild des großen Malers David d'Angers. Es befindet sich in den Anlagen am Rathaus der Stadt.

Die Eröffnung des Stendhal-Museums soll am Samstag, dem 5. Mai, vormittags stattfinden.

Deutsche und französische Filme

Wir haben uns, aus gebotener Zurückhaltung, mit der Frage der deutsch-französischen Filmbeziehungen seit längerer Zeit nicht beschäftigt. Aber wir haben die Entwicklung scharf beobachtet seit dem Moment, wo in Frankreich auch der Boykott von Hitler-Filmen gefordert wurde und die französischen Produzenten erklärten, daß sie noch an die bestehenden Verträge gebunden seien. Dann erlebten wir die wunderbare und machtvolle, man kann sagen, rasende Entwicklung von Paris zur internationalen Filmhauptstadt Europas. Wir sahen den großen Vertrag der Amerikaner in Paris, wie er sich insbesondere in der Arbeit von Fritz Lang und G. W. Pabst an der Seine ausdrückte. Wir erlebten die Verlegung der Hauptarbeit der europäischen Zentren Hollywoods von der Friedrichstadt nach Paris. Und wir sahen eine prächtige Eigenarbeit der französischen Kamera, die solche Wunderleistungen wie „La Maternelle“ oder „La Bataille“, dazu die große Trilogie der „Misérables“ nach Victor Hugo und die Belebung der großen Klassiker des französischen Geistes hervorbrachte. Und wir fragten jedesmal, wenn wir an dem durch besondere Unterschriften mit der Ufa und der Filmkulturkammer verbundenen Aubert-Palast vorbei gingen: weswegen eigentlich diese Zusammenarbeit mit einem Lande, in dem der „Hitlerjunge Quex“ läuft? Kann Frankreich, das Land des Geschmacks, nicht alles aus Eigenem und mit Amerika leisten?

Jetzt schreibt Jean Chataigner im Filmteil eines der angesehensten Informationsblätter, die für den Filmmarkt besonders entscheidend sind, ganz etwas Ähnliches. Der Artikel des „Journal“ stellt fest, daß die französischen Filme in Zukunft keine Aussicht haben, in Deutschland gespielt zu werden. Frankreich habe sich bei der Regelung schlechter gestellt. Mehrmals seien selbst Filme, die die deutsche Zensurkarte hatten, nicht gespielt worden. Ein geheimnisvolles Machtwort habe ihre Aufführung in öffentlichen oder geladenen Kreisen unterdrückt.

Neuerdings hat der Propagandaminister Göbbels, wie der Artikel mitteilt, die Generaldirektoren der wichtigeren Firmen versammelt, um mit ihnen die Zulassungsbedingungen in Deutschland zu prüfen. Es sei beschlossen worden, außer in bestimmten Fällen nichts mehr einzuführen und die deutschen Hersteller zu veranlassen, Drehbücher zu verwenden, die die Tugend, den Edelmut und die Vaterlandsliebe Hitlerdeutschlands preisen.

Der französische Beurteiler schließt daraus auf eine doppelte Notwendigkeit zur Verteidigung: einerseits müsse der Filmaustausch zwischen Frankreich und Deutschland schärfstens überwacht werden (man wird sich erinnern, daß die französische Filmzensur vor einiger Zeit vom Kultus auf das Innenministerium übertragen wurde) — andererseits müsse eine vollständige und tatsächliche Reorganisation des französischen Kinos durchgeführt werden, dessen Privatinteressen denen der Allgemeininteressen untergeordnet

Tel. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 02, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 7 Spezialisten
b) Chirurgie
c) Geburtshilfliche Klinik
d) Zahnärztliches Kabinett

Ordnung täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Docteur Spécialiste

DEUTSCHSPRECHEND
Münchener u. Pariser Fakultät
17, rue Reaumur

Frauen-, Blut-, Haut-, Harn- und Geschlechtskrankheiten, Tripper, Syphilis, Männerschwäche, Neueste Heilverfahren, Elektrizität.

Harn-, Samen- und Blutanalysen.
Mäßige Bedingungen. (Auch für Kassenversicherten.)
Täglich von 9-1 und 4-8,30 Uhr. Sonntags und Feiertags von 9 bis 1 u. auf Rend. v. Tel. Arch. 54-27

Drs. G. und M. Spitzer

Avenue de la République, Paris Métro République, Tel. Oberkampf 56-25.
Sprechstunden: 4-5 und 6-8 Uhr
Haut-, Geschlechts-, Innen- und Kinderkrankheiten
Epilation, Diathermie

Deutsches Zahnärztliches Institut

11, RUE DE DOUAI - Métro: Maucha, Pigalle - Tel. Trinité 56-27 - Sprechstunden: 9-11, 2-4 Uhr

Zahn- u. Mundkrankh., Röntgen, Elektrotherapie, Prothesen, Kronen, Brücken in Gold, Platin u. Porzellan

NEUHEIT: PORZELLAN-KRONEN UND -BRÜCKEN

Umarbeitung schlechtzittender Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz. Reparaturen binnen 3 Stunden

SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVOSE UND HERZKRANKE

MÄSSIGE PREISE. UNTERSUCHUNG U. BERATUNG KOSTENLOS

Schweizerisches und italisches
Wurstwarengeschäft

Konfektbäckerei, Konditorei, Weine und Liköre

Produits Schmid

78, Boulevard de Strasbourg, 8, rue St. Laurent

Paris, bei Gare de l'Est

Telefon 4 Linien verleiht unter 0272833 05-10

Doktor Wachtel und Doktor Axel

Geschlechtskrankheiten, Männer und Frauen

Nase, Hals, Ohren

123, Bd. Sébastopol. - Sprechstunden v.

9-12 u. 2-8 Uhr. Sonntags vormittags

Métro: Reaumur, St. Denis

Das Gastspiel Furtwänglers

Daß das Berliner Philharmonische Orchester samt seinem Leiter heute ein Stück Propaganda des „dritten Reiches“ bildet, ist bekannt. Und doch gehört ein Stück Hitlererei mit umgekehrten Vorzeichen dazu, die rein künstlerische Bedeutung dieser Musikanten nicht anzuerkennen.

Wer dieses Orchester vor zwei, drei Jahren gehört hat und es wieder hört (mit einem unter Aufbietung von allerlei Höflichkeit noch vorhandenen schwarzen Renommierjuden am ersten Geigenpult), dem scheint „alles beim Alten geblieben“. Das mag im Angesicht Hitlerdeutschlands ein Lob sein, für den Fachmann ist es Lob und schärfster Tadel zugleich.

Das Pariser Gastspiel der Berliner Philharmoniker war aufschlußreich. Was französische Kritiker — wir haben eine recht wesentliche Stimme hier vor Tagen bereits zitiert — andeuteten, das müssen wir klar aussprechen: in Deutschland herrscht auf musikalischem Gebiete Vorkriegsgeist. Immer noch ist der Geist und Stil Richard Wagners formgebend.

Die Apotheose selbstherrlichen Interpretentums hat die ganze Kulturwelt um die Jahrhundertwende kennen gelernt. In Deutschland, dem Lande Richard Wagners und Wilhelm II. herrscht es heute noch. Von Bülow bis Furtwängler, es ist dieselbe Linie. Was könnte auch den heutigen Herren lieber sein als eine Kunstübung, die selbst die göttliche Reinheit einer Mozartschen Serenade mit Bayreuther Parsifal-Wolken umschattet? —

Der Ausländer mag sich von der Seltsamkeit des Eindrucks blaffen lassen. Nichts kann über die Tatsache hinwegtäuschen, daß von der deutschen Musikkultur erst wieder Impulse ausgehen werden, wenn sie ihre heutige Erstarrung überwunden sein wird.

Paul Walter.

werden müßten. Der Verfasser beschwört die Zögernden und Widerstrebenden mit bewegten Worten, seinem Rate zu folgen.

Wir halten diese Aufforderung für außerordentlich wichtig und beherzigenswert. Wenn wir uns die neue deutsche Produktion ansehen, in der Filme wie „Der Werwolf“ aus dem dreißigjährigen Kriege nach dem verhüllten Buch von Löns, „Die Reiter von Deutsch-Ostafrika“ und dergleichen vorkommen, ja, wenn man vielleicht an den in Paris selbst beabsichtigten deutschen Polizeifilm „Polizei-Akte 909“ denkt und an die große Rolle, die die „Gruppe Leni Riefenstahl“ spielt (die „des Führers Filmschauspielerin“ ist), so sieht man hier manches gleich dem geübten Auge des Kameramannes klarer.

Fritz Lang über „Liliom“

Fritz Lang veröffentlicht in der Pariser Presse eine Erklärung der Arbeit, die er auf Einladung Erich Pommers an dem Volksstück „Liliom“ leistete. Er sagte u. a., daß ihn der Verzicht auf seine Muttersprache gezwungen habe, die klarste und einfachste Formel seiner Gefühle zu suchen und im tiefsten Innern zu wählen. Lang lobt dann seine großen Mitarbeiter an dem in Paris entstandenen Film.

BRIEFKASTEN

150 Wf. Barcelona. Mehr als in der Notiz angegeben, ist uns auch nicht bekannt. Die Mitteilung entstammt einer Zeitungs-korrespondenz. Vielleicht fragen Sie direkt in Palästina oder bei einer jüdischen Hilfsorganisation an. Wir bedauern, Ihnen keinen besseren Beispruch geben zu können.

S. R., Genf. Es scheint uns doch zuviel verlangt, in einem so weit verbreiteten Blatte wie der „Deutschen Freiheit“ irgend einen Lucrulanten öffentlich anzusprechen, der in Genf verleunberliche Behauptungen über den und seinen anspricht. Nehmt euch den Furtwängler mal unter vier Augen vor und sorgt dafür, daß er das riddagogische Gespräch nicht so bald verliert.

L. R., Paris. Wenn ein Lob so lang begründet wird, darf man sich darüber freuen. Viele Grüße.

Dof, Rielce. Ihre Karte erhalten. Selbstverständlich können wir Ihnen die Zeitung mit wechselnder Adressen zuhelfen. Wir haben mehrere solcher „Karte“. Ihr Auftrag wird also wunschgemäß ausgeführt. Freundliche Grüße.

„Berliner“. Sie Sie und schreiben, wünscht der Haus- und Grundbesitzerverein des Ortes Romawes bei Berlin eine Namensänderung, da der Ort häufig mit den gleichnamigen Orten in Polen und in der Tschechoslowakei verwechselt wird. Während des Krieges wurde der Ort in Hindenburg umgetauft. Man könnte Romawes nach dem neuesten Berliner Ehrenbürger benennen, etwa Göbbelsau.

„Schleswig-Holstein meerrundfahrten...“ Nicht erst aus Ihrem Briefe wissen wir, daß in der deutschen Nordsee die Oilerbegelierung, die dort besonders hoch schäume, sehr nachgelassen hat. Die Bauernschaft des Dorfes Schölling richtete an den Reichsausschuss ein Schreiben, in dem sie ihn aufforderte, endlich die den Bauern gemachten Versprechungen nachzuführen. Sie erhielten einen von Oiler eigenhändig unterzeichneten Brief, es sei Pflicht eines jeden Staatsbürgers, in erster Linie pünktlich seine Steuern zu zahlen. Eine Schuldenstilgung komme vorläufig nicht in Frage. Die Antwort löste ungeheure Erregung unter den Bauern aus.

Das „dritte Reich“ wird schon noch die Wahrheit des Wortes zu spüren bekommen. Der Bauer ist kein Spielzeug.

Historologe. Sie sagen „Schicksalsschritte über 1934“ voraus, und zwar in der Form heftiger Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Reichsregierung und der internationalen Hochfinanz. „Kodmisch“ angesetzt ist diese herausragende Wende in finanz- und kreditpolitischer Hinsicht durch den in den nächsten Monaten erfolgenden erstmaligen Eintritt des Planeten Uranus, des Neuschöpfers und Umgestalters, in das Geld- und Finanzzeichen „Eter“.

„Öffentlich halt ich Schachtel bei Ihnen Rat für seine Glaubwürdigkeit. Wenn man die Transferkonferenzen in astrologische Sirkel verwandelte, ließe sich vielleicht noch manches retten.“

NS-Konfilm-Theater Saarbrücken. Das neue Programm bringt in laarländischer Erkaufführung den amerikanischen Konfilm „Die Rache des Anderen“ (The Masquerader) mit Ronald Colman und Vilja Sandi. Colman spielt in diesem Film einen englischen Parlamentarier, der sich durch Alkohol und Morphium ruiniert hat, und den Doppelspieler dieses Mannes, der für den Lord im Parlament einsteigt, um sein Land zu retten. Im Vorprogramm zeigte Pathé-Journal interessante Aufnahmen vom 17. Jahrestag der Sowjets in Moskau. Die Vorführung beginnt täglich um 20.30 Uhr.

Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Johann Pflü in Dubweiler; für Interate: Otto Kuhn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 3. — Schließfach 770 Saarbrücken.

Lose der 10ten Ziehung der nationalen Lotterie

Ganze Lose, Halbe, Viertel und Zehntel können noch heute, den 24. April bis einschließlich 9 Uhr abends gekauft werden

JEDERMANN KANN SICH EIN LOS SICHERN

Nachdem aber die Nachfrage außerordentlich groß ist, wird gebeten, ja nicht zu warten

SEPARATER EINGANG IN DAS BUREAU NUR VON DER SEITENGASSE: 2, AVENUE RENE BOYLESVE

A. GODOVANNIKOFF, 30, Ouai de Passy, PARIS (16^e)

Tel.: Jasmin 01-50

Métro: Passy